

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Ein unbezahlbares Amt

Warum Leipziger an die Tür der Freiwilligen-Agentur klopfen **Seite 3**

› Anfangs belächelt und beschimpft

Diskussion im Rathaus über Kita-Gebühren und soziale Wohltaten **Seite 4**

› Das Sterben der Lämmer

... für „Lammcarree mit Tapenadenkruste und Kartoffel-Artischocken-Ragout“ **Seite 7**

› Geborenes Leben schützen

Über Kinderwunsch und Wunschkind und über Wolfgang Böhmers Ungeheuerlichkeiten **Seiten 8/9**

7

2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
4. April

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Protest und viel Symbolik am Nikolaikirchhof



Unübersehbar der Leipziger Ostermarsch, mit Protesten und Symbolik für Entmilitarisierung und zum Umdenken, dass Waffen in dieser Welt irgendetwas bewirken können, außer Zerstörung und Tod.

Fotos: Märker / Eiltzer



Wer wen?

Sport – so sagt man – habe nichts mit Politik zu tun. Weshalb sich Politik auch nicht in den Sport einmischen sollte – so sagt man. Olympische Spiele freilich hätten sehr viel mit Politik zu tun – so hört man derzeit wieder aus allen Richtungen.

In der Antike mussten während der Spiele die Waffen schweigen. Eine gute Art der Verquickung von Sport und Politik. Heute muss man zum Schluss kommen, die Spiele seien eine gute Gelegenheit, die Waffen auszupacken und sprechen zu lassen. Und wenn sie denn dann sprechen, ist die nächste gute Gelegenheit gegeben, man kann die Spiele boykottieren und, ohne auch nur eine weitere Waffe erheben zu müssen, einem ungeliebten Konkurrenten schaden. Man kann diesem schaden mit kleinstem Verlust des eigenen Vorteils, denn Handel und Wandel gehen ja weiter, nur die Spiele finden nicht so glanzvoll statt. Wer will es sich z. B. heute schon ökonomisch mit China verscherzen, einem China, das weltwirtschaftlich quasi schon wieder zum „Reich der Mitte“ geworden ist? Wer will schon dauerhaften Schaden für die Geschäfte, nur weil die Tibeter von China unterdrückt werden und die Tibeter per Gelegenheit der Spiele den Chinesen die Stirn bieten? Solches wollen nicht einmal die Taiwanesen! Das mittlere aktuelle Geschäft mit den Spielen zu dem Zeitpunkt ein wenig versauen, wo man den Reibach mit der Beteiligung am Aufbau der Sportstätten, Hotels und Verkehrsanlagen längst gemacht hat, kann aber nicht schaden: Es macht den Konkurrenten etwas kleinlaut und hebt das eigene moralische Ansehen ungeheuer. Die Spieler, Verzeihung, die Sportler werden zwar um ihre Mühe betrogen, das kostet auch Geld, ist aber nichts im Vergleich zu den Beträgen, um die es wirklich geht.

Ich will nicht missverstanden werden. Die Tibeter sind Tibeter und haben einen eben solchen Anspruch auf eigene Kultur, eigene Religion und schließlich auch auf einen eigenen Staat oder wenigstens angemessene Autonomie wie z. B. die Kosovaren, die Kurden, Palästinenser oder türkischen Zyprioten. Das Reservat ist keine Lösung, wie uns das Schicksal der nordamerikanischen Indianer deutlich vor Augen führt, so wenig wie die kulturelle, wirtschaftliche und politische Marginalisierung, gegen die sich z. B. die Indianer in Südamerika wehren. Und was ist mit den Aborigines in Australien oder mit dem Geld für die Sorben-Stiftung?

Der Platz reicht nicht aus, um alle nötigen Fragen zu stellen. Nun hat aber eben nur China in diesem Jahr die Spiele und das amerikanisch-sowjetische Boykott-Ping-Pong lockt noch immer als olympische Disziplin. Meine Fragen bringen mich deshalb auf einen anderen Gedanken. Nicht die isolierte Renommiergebärde hilft, die Welt zum Guten zu verändern. Da müssen schon die gleichen Brüder mit den gleichen Kappen auch gleich behandelt werden – weltweit! Also: Ich fordere Ausschluss aller Staaten von den Olympischen Spielen, die derzeit Waffengewalt, administrative, kulturelle oder andere Gewalt anwenden zur Unterdrückung ganzer Völker oder derer Angehörigen, sei es im eigenen Land oder fernab der Heimat. Nur wer ohne solche Sünde ist, werfe bei Olympia den ersten Speer. Ich freue mich dann schon mal auf Wettkämpfe zwischen San Marino und Andorra – und die Chinesinnen und Chinesen sicher auch.

• PETER PORSCH



Gezielte Verleumdung

„Roberto Zenker, der Mandatsträger seiner Partei vorwarf, die ‚Realität der Armut vergessen‘ zu haben, trat aus der Partei aus. Er fühle sich als Hartz-IV-Empfänger von Stadträtin Margitta Hollick sogar verhöhnt, schrieb er in seiner Pressemitteilung“ – las Argus am letzten März-Wochenende in einem LVZ-Bericht über einen Parteitag der Leipziger LINKEN.

Frau Hollick verhöhnt Hartz-IV-Empfänger? Und wie bitte hat sie das getan? Darüber kein Wort in dem scheinbar seriösen Bericht des Redakteurs Orbeck. Argus meint, dass das eine sehr fiese Art der gezielten Verleumdung einer LINKEN-Politikerin unter dem Deckmantel objektiver Berichterstattung ist.

Ein ungewollter Fauxpas des Autors? Daran kann Argus nicht glauben. Der einseitige Bericht, in dem ausführlich nur die Kritiker zu Wort kommen, entspricht der Art und Weise, wie die LVZ seit längerem mit der ungeliebten Partei Die LINKE umgeht.

DGB besorgt über Wirtschaftswachstum

LN. Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen zeigte sich angesichts des zurückgehenden Wirtschaftswachstums im Freistaat besorgt: „Die Dynamik der sächsischen Wirtschaft ist fast nur noch auf das Verarbeitende Gewerbe beschränkt. Hier macht sich der gute Export bemerkbar. Alle binnenmarktorientierten Wirtschaftszweige haben jedoch im vergangenen Jahr deutlich unterdurchschnittlich abgeschlossen. Hier zeigen sich wieder die Schwäche des Binnenmarktes und die Folgen der zurückgehenden Kaufkraft in Sachsen.“

Gleichzeitig kann die Sächsische Staatsregierung kaum Impulse zur Stärkung der Konjunktur setzen, weil mögliche Haushalts-Spielräume durch das „Landesbank-Abenteuer“ verbraucht sind. „Es ist deshalb richtig, dass die Grünen im Landtag die Folgen der Beinahepleite der Landesbank vom Verfassungsgericht prüfen lassen. Sachsen wird noch jahrelang die finanziellen Auswirkungen spüren“, warnte der DGB-Chef. Nach Jahren des Vertuschens sei jetzt Transparenz notwendig. Gleichzeitig warnte Lucassen die Staatsregierung, die Folgen des Landesbank-Desasters bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abzuladen.

Das Statistische Landesamt Sachsen teilte dieser Tage mit, dass die Prognose des Wirtschaftswachstums für 2007 herunterkorrigiert werden musste, weil die Monate November und Dezember unerwartet schwach verlaufen sind. Sachsen hat deshalb im bundesweiten Wachstums-Vergleich nur unterdurchschnittlich mit 2,4 Prozent abgeschnitten.

LN. In der LVZ wurden unter der Überschrift „Kommunal-Kombi zum Greifen nah“ z. T. Hoffnungen geweckt, die sich wohl kaum erfüllen dürften“, kommentiert der sozialpolitische Sprecher der Linkspartei im Landtag, Dietmar Pellmann. Die Landtagsabgeordnete Margit Wehnert (SPD) vermutete, dass durch das Kommunal-Kombi-Programm in Leipzig bis zu 4000 neue Arbeitsplätze entstehen. Schön wäre es. Pellmann rechnet vor: „Der Bund bezuschusst über dieses Förderprogramm für Sachsen maximal 18000 Arbeitsplätze mit einer Laufzeit von jeweils 3 Jahren. Da aber 21 der 29 sächsischen Landkreise und kreisfreien Städ-

LN. Die Leipziger LINKE demonstrierte auf der außerordentlichen Tagung des Stadtparteitages am 27. März Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit als linke alternative Gestaltungspartei, so deren Vorsitzender Volker Külow.

Entsprechend der Satzung und der Bundeswahlordnung erfolgten die Nachwahlen, die nach dem Rücktritt von vier Stadtvorstandsmitgliedern am 19. Februar 2008 notwendig geworden waren. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden aus den Reihen der ehemaligen WASG wurde mit 82,4 Prozent der Stimmen Sylvia Höhne gewählt, die bereits Mitglied des Stadtvorstandes war. Schon in dem am Dienstagabend tagenden Stadtforum war deutlich geworden, dass es auch weiterhin im Stadtverband zum

Die Volksrepublik China hat sich in den letzten Jahren zu einer konkurrierenden Wirtschaftsmacht auf dem Weltmarkt entwickelt und ist dabei, Deutschland als „Exportweltmeister“ abzulösen. Die Exportvolumen des Jahres 2007 (Deutschland 1361 Mrd. US-Dollar, China 1221 Mrd. US-Dollar (nach <https://cia.gov/library/publications/the-world-factbook>) unterstreichen diese Aussage. Von besonderer Brisanz ist dabei für die westlichen Industrieländer, allen voran die BRD, dass der wirtschaftliche Einfluss Chinas auf dem afrikanischen Kontinent ständig wächst. Betrachtet man die Ereignisse in Tibet unter diesem Gesichtspunkt, so wird klar, warum die tibetischen Sezessionsbestrebungen durch die westlichen Industrieländer in verstärktem Maße unterstützt werden, würde doch eine Abtrennung Tibets auch eine politische Schwächung Chinas zur Folge haben. Wobei, diese Sezessionspolitik beschränkt sich nicht auf Tibet, sondern zielt auch auf weitere Teile Chinas, wie Innere Mongolei und Xinjian. Dabei kommt Deutschland eine Vorreiterrolle zu, bestehen doch bereits seit den 1920er Jahren intensive

Kommunal-Kombi: Ja

Euphorie und Halbwahrheiten: Nein

te anspruchsberechtigt sind, ist eine so hohe Zahl von Beschäftigungsverhältnissen für Leipzig völlig unrealistisch. Außerdem hat die Landesregierung am 19. Februar beschlossen, lediglich einen Zuschuss von jeweils 220 Euro monatlich für 6300 solcher Arbeitsplätze zu gewähren. Es wird bis Ende 2012 für Leipzig maximal 1500 Beschäftigungsverhältnisse mit dem Kommunal-Kombi geben. Schon 100 zusätzliche Arbeitsplätze würden Leipzig im Jahr fast eine halbe Million Euro kosten.“ An Frau Wehnert geht die Auf-

forderung, sich mit der Linksfraktion, die einen entsprechenden Antrag gestellt hat, dafür einzusetzen, dass der Freistaat sämtliche 18000 Stellen bezuschusst. Eine weitere Unbekannte ist die Zahl von ABM, die erheblich sinken soll. Es bleibt also abzuwarten, um wie viele zusätzliche Arbeitsplätze es wirklich geht. Deshalb gelte ein Ja für Kommunal-Kombi, für Euphorie und Halbwahrheiten aber ein Nein! Ob das Programm in Leipzig wirklich ab 1. Mai starten kann, ist ebenfalls offen.

Leipziger LINKE handlungsfähig

Vorbereitung für Superwahljahr

Teil sehr unterschiedliche politische Auffassungen und Handlungsansätze beim Parteiebildungsprozess und bei anderen Themen gibt. Dieser für demokratische Parteien charakteristische Pluralismus der Meinungen gelte es unter dem Dach einer gemeinsamen politischen Verantwortung nunmehr stärker produktiv auszugestalten und zu nutzen, so Külow in einer Pressemitteilung. Die deutliche Mehrheit der knapp 100 anwesenden Delegierten bekannte sich klar zur weiteren Profilierung der Leipziger LINKEN als linke alterna-

tive Gestaltungspartei, die sich nunmehr langfristig und gezielt auf das Superwahljahr 2009 vorbereitet. Zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit auf diesem Weg zählen in nächster Zeit u.a. der Kampf für die Einführung des Sozialtickets, der verstärkte Widerstand gegen die weitere Militarisierung des Leipziger Flughafens und die Durchführung einer kommunalpolitischen Konferenz gemeinsam mit der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht unter dem Motto „(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung“ am 19. April im Leipziger Rathaus.

Tibet und die Weltpolitik

„Euer Exzellenz, König Herr Hitler“



geheimdienstliche Kontakte zur tibetischen Führung mit dem Ziel der Expansion in Richtung China, die auch über den Zweiten Weltkrieg fort dauerten. Das wird erhärtet durch ein Sendeschreiben des damaligen Dalai Lama aus dem Jahr 1939, in dem es u. a. heißt: „Nehmen Sie nun, Euer Exzellenz, König Herr Hitler, zu diesem Verlangen nach gegenseitiger Freund-

schaft (...) unsere Zustimmung.“ Angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele in Peking glaubt man jetzt, ein wirksames Druckmittel gegen die Chinesische Volksrepublik in der Hand zu haben und lässt auch in der Diplomatie die bisher geübte Praxis, enge Kontakte zu Tibet unterhalb der obersten politischen Ebene zu halten, außer Acht. • HELMUT ULRICH

Es ist auffällig, dass diverse Gruppierungen der extremen Rechten, wie die in der Tradition der verbotenen Viking-Jugend stehende Heimattreue Deutsche Jugend, wegen des Verfolgedrucks in anderen Bundesländern immer häufiger nach Sachsen ausweichen. Das jüngste Beispiel für diese Taktik ist das Lager der HDJ in Limbach mit acht Erwachsenen und rund 50 Kindern. Gegen die Gruppe wurde ein Verbot des Tragens von Uniform erlassen, gegen das auch in diesem Fall verstoßen wurde.

Für mich ist es eine besonders gefährliche Form von Kindesmissbrauch, wenn sie, im kaum schulfähigen Alter, in der Nazi-Ideologie

Neonazi-Kinderlager im Vogtland

geschult und paramilitärisch gedrillt werden. Wenn in anderen Lagern der Gruppe Zelte als „Führerbunker“ ausgewiesen werden, lässt mich dies befürchten, dass hier nicht nur der Nachwuchs für die Neonazi-Organisationen ausgebildet wird, sondern auch tickende Zeitbomben entstehen, deren Ideologie irgendwann zu Taten wird.

Die Kontinuität zwischen der HDJ und der Viking-Jugend ist weder personell noch ideologisch zu übersehen. In Sachsen besteht nach Angaben der verbandseigenen Zeitschrift „Funkenflug“ eine eigene Einheit Sachsen-Niederschlesien. In den Berichten des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz taucht die Gruppierung trotz ihrer unübersehbaren Gefährlichkeit nicht auf. Mir stellt sich die Frage nach dem Nutzen dieses Amtes, wenn engagierte Journalisten zum Thema jeweils umfassender und besser informieren als der Geheimdienst mit seinen Möglichkeiten.

Wie sollen Betreiber von Einrichtungen wie die des Schullandheims in Limbach, die im Vorfeld über den Charakter der Gruppe getäuscht wurden, sich wappnen, wenn sie von den zuständigen Behörden im Regen stehen gelassen werden?

Dass Innenminister Buttolo sich immer wieder weigert, die Bürger wenigstens umfassend zu informieren, grenzt an ministerielle Arbeitsverweigerung. • KERSTIN KÖDITZ

Ein unbezahlbares Amt

Warum Leipziger vieler Altersgruppen an eine Vereinstür klopfen



Nachdenklich und engagiert: Projektleiterin Julia Seßar

Foto: Helmut Ulrich

Die Freiwilligen-Agentur Leipzig e. V. existiert seit Dezember 2000 und ist Ansprechpartner für freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in der Stadt.

Es gibt Verbindungen zu über 180 gemeinnützigen Leipziger Vereinen.

MICHAEL ZOCK verabredete sich in der Fleischergasse 12 mit Julia Seßar.

Das Wort „freiwillig“ gibt dem Verein den Namen. Deshalb zunächst gefragt: Wovon sollte man „frei sein“ und wozu sollte man „willens sein“, wenn man an ihre Türen klopft?

Willens sein sollte man auf jeden Fall dazu, neue Dinge kennenzulernen, neugierig zu sein auf Menschen, auf Tätigkeiten, auf alles, was einem im Leben be-

gegen kann. Frei sein sollte man von der Frage: „Was kriege ich dafür?“ Sie ist zwar trotzdem berechtigt, aber sollte nicht im Vordergrund stehen. Dass man Fahrtkosten von einem Verein bekommt, für den man sich engagiert, das steht auf einem anderen Blatt. Auch Ichbezogenheit sollte nie im Vordergrund stehen.

Wer kann sich bei Ihnen melden?

Melden kann sich jeder, vom Schüler bis zum Rentner. Und die stehen auch alle vor unseren Türen. Also Schüler, die sagen: Ich hätte gern einen Praktikumsplatz, wobei ein Ehrenamt nun wieder kein Praktikum ist. Wir schauen aber trotzdem, ob wir da irgendwie helfen können. Es kommen Studenten, die Lust haben, etwas nebenbei zu machen. Einfach Leute unterschiedlichster Art, die von ihrer Zeit etwas an andere abgeben möchten. Leute in Altersteilzeit, die meinen, ich kann mit meinen Fähigkeiten für andere vielleicht noch nützlich sein. Da sitzen Arbeitslose vor mir, die sagen, mir fällt die Decke auf den Kopf, und ich möchte mich einbringen, damit ich mich nicht verliere. Da kommen Rentner die sich einsam fühlen. Es gibt fast jede Lebenssituation.

Sie stehen damit in einer großen Verantwortung, zu erkennen, ob diejenigen fürs Ehrenamt geeignet sind, ob ihre Vorstellungen real sind?

Das passiert dann meist unter vier Augen. Es braucht diese Atmosphäre, weil in fast allen Gesprächen, dich ich und meine Mitarbeiter führen, sehr persönliche Motivationen für ein freiwilliges Engagement zutage treten. Leute, die von Situationen erzählen, in denen sie sich nicht wohlfühlen, die sie auch mal überfordern. Alles verstanden als Motivation, um etwas für andere zu tun. Wir müssen einen Eindruck davon bekommen, ob unser Gegenüber für die Tätigkeiten geeignet ist, die er sich vorstellt. Das ist nicht immer einfach. In der Regel kriegen wir das ganz gut hin.

Sie lassen sich Zeit dafür?

Das kann schon mal eine Stunde dauern. Es geht ja auch darum in welchem Stadtgebiet von Leipzig man tätig sein möchte

und vor allem, um spezielle Fähigkeiten und Kompetenzen zu erfahren und zu erfragen.

An Türen zu klopfen, auch einer solchen „Freiwilligen-Agentur“, fällt nicht jedem leicht. Man sitzt da zunächst jemandem gegenüber, den man nicht kennt, hat vielleicht auch verlernt, alles schnell auf den Punkt zu bringen?

Wir haben deshalb jetzt ein Projekt IDEE ins Leben gerufen ...

Das bedeutet?

Das spricht Menschen an, die lange arbeitslos sind, oder auch Leute in psychisch schwierigen Situationen. Wir können sie nicht in reguläre Arbeit vermitteln, dafür sind wir nicht da. Es geht aber um nützlich Tätigsein, dass derjenige merkt: Ich werde gebraucht. Wir bieten an, etwas Unsichere auch mal an die Hand zu nehmen, wenn es sich als notwendig erweist. Es ist wichtig, nicht zu verlernen auch seinen Tag zu strukturieren, auch mit Hilfe eines Ehrenamtes. Das kann in einer persönlich schweren Zeit schon mal „übers Wasser“ helfen.

Die Stadt Leipzig hat ungefähr dreieinhalbtausend Vereine?

Es gibt da welche, die unsere Vermittlung nicht brauchen, da sie ihren Nachwuchs selbst suchen. Noch sind wir auch nicht überall bekannt. Wir lassen aber beispielsweise kein Stadtfest aus und machen auf uns aufmerksam. Wichtig ist, dass wir nur mit gemeinnützigen, anerkannten Vereinen zusammenarbeiten.

Trotzdem nochmal gefragt, was bekommt man?

Man kriegt Anerkennung, oder ein Dankeschön, wenn ich etwas bewege. Man kommt mit anderen Leuten zusammen, die man sonst nie kennengelernt hätte. Man kann sich ausprobieren, vielleicht auch als sehr junger Mensch schon mal für etwas mitverantwortlich zu sein.

Welches Ehrenamt war Ihr erstes?

Das war mit 17 in einem Hamburger Jugendchor. Ich kümmerte mich um die



Organisation des Vereinslebens.

Welche Altersgruppen finden den Weg hierher?

Ab 40 aufwärts ... und meistens Frauen.

Wieso?

Ich vermute, weil Ehrenamt immer noch ausschließlich mit sozialem Engagement gleichgesetzt wird, und da fühlen sich nach wie vor mehr Frauen angesprochen. Ich würde mir da durchaus eine Umkehrung sehr wünschen. Dann haben wir auch ein spezielles Jugendprojekt „JEM“. Das steht für Jung-Engagiert-Motiviert. Einige Tage sind da junge Leute zu Gast in sozialen Einrichtungen. Sie lernen Menschen kennen, die „anders“ sind. Kompetenzen sind ja mit jedem Ehrenamt verbunden. Man lernt hinzu und frischt bereits Erworbenes auf. Und wenn dann noch jemand danke sagt, das stärkt das Selbstbewusstsein.

Auch bei sogenannten Selbstverständlichkeiten?

Wer Kindergruppen begleiten möchte, oder wer anderen gut zuhören kann, wer Talente hat, Veranstaltungen zu organisieren, wer Einkaufswege erledigen möchte, da sind der Phantasie überhaupt keine Grenzen gesetzt.

Also genau überlegen und dann in der Freiwilligen-Agentur nachfragen?

Sinnvoll ist es schon, vorher anzurufen und einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Ich möchte nicht, dass jemand vor unserer Tür steht, und ich sagen muss, ich habe jetzt leider keine Zeit. Dieses Jahr hatten wir bereits sehr viele Gespräche. Verweisen möchte ich noch auf unseren nächsten Freiwilligentag, es ist bereits der Fünfte.

Hilfe von Mensch zu Mensch

Begleiten Sie Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in ihrem Alltag.

Gesucht werden zuverlässige und kontaktfreudige Leute, die hier ihre Unterstützung anbieten wollen.

Sie wollen Familien bei ihren alltäglichen Aufgaben unterstützen?

Der Kinderschutzbund in Leipzig sucht Ehrenamtliche, die sich in der Familienhilfe engagieren wollen.

Gestaltung im Hunderwasserstil
Gesucht werden Menschen, die Lust haben, Ideen für die Umgestaltung einer Fassade und eines Hofes im Hunderwasserstil zu spinnen.
Nachfragen unter
0341 149 47 28

Was ist ein Ehrenamtspass?

Seit 2004 gibt die Freiwilligen-Agentur in Zusammenarbeit mit der Leipziger Agenda 21 und dem Stadtsportbund einen Ehrenamtspass aus. Mit ihm sagen viele Leipziger Vereine „Danke“ an ihre Mitstreiter für ungezählte Stunden freiwilliger Arbeit.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 1 075 Ehrenamts-Pässe ausgegeben.

Geehrt werden ehrenamtliche Mitstreiter, die von ihren Wirkungsstätten vorgeschlagen werden und die schon mindestens ein Jahr durchschnittlich vier Stunden in der Woche ehrenamtlich tätig waren..

Den Inhabern des Passes wird ein Preisnachlass beim Besuch ausgewählter kommunaler und privater Einrichtungen gewährt.

Jedes Jahr findet in

Leipzig ein Freiwilligentag statt. An diesem Tag sind alle Leipzigerinnen und Leipziger eingeladen, Ehrenamt einmal „auszuprobieren“. Verschiedene Vereine stellen an diesem Tag Projekte vor, für die sie Unterstützung benötigen und laden probeweise zur Mitarbeit ein.

Dieses Jahres findet der Freiwilligentag am 26. April statt. Rechtzeitig vorher finden Sie im Internet (www.freiwilligen-agentur-leipzig.de) oder direkt in der Fleischergasse 12 alle notwendigen Informationen zu den beteiligten Vereinen, zu Orten und Zeiten und zur Anmeldung.



Im Gewand des sozialen Wohltäters

Populistische Doppelzüngigkeit der CDU-Fraktion kaum noch steigerbar

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Leipziger Stadtrat Alexander Achminow kündigte mit großen Worten in der Presse und in der März-Ratsversammlung an, die Kita-Beiträge einfrieren zu wollen. Verstanden als „Einstieg in die kostenfreie Kinderbetreuung in der Stadt Leipzig“.

Bei diesem Thema bleibt kaum jemand unbeteiligt, ob er nun direkt davon betroffen ist oder nicht.

Der Stadtrat und Landtagsabgeordnete Dietmar Pellmann äußerte gegenüber LN:

Wer die Diskussionen im Leipziger Rathaus in den letzten Wochen verfolgte, ist allerdings doch etwas erstaunt, denn Alexander Achminow erweckt den Eindruck, als ob sich die Stadt Leipzig im luftleeren Raum bewegen könnte und verschweigt bewusst, dass es vor allem seine Partei im Sächsischen Landtag war, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betreuung in Kitas zu verantworten hat. Er will offenbar die Stadt erneut in finanzielle Haftung nehmen. Wie sich das mit seinen lauten Rufen nach radikaler Haushaltskonsolidierung vereinbart, mag sein Geheimnis bleiben.

Wenn sich die CDU wirklich auf den Weg zu einer kostenfreien Kinderbetreuung begeben wollte, hätte sie im Landtag den zahlreichen diesbezüglichen Anträgen der Linksfraktion zustimmen können, anstatt die Sparschrauben immer weiter anzuziehen. So ist Sachsen inzwischen das ostdeutsche Bundesland mit der niedrigsten Betreuungsquote im Krippenbereich.

Herr Achminow und seine CDU-Fraktion gefallen sich schon seit einiger Zeit im Forderungsgewand des sozialen Wohltäters. Allerdings geht ihr Einfluss auf die CDU-Fraktion im Landtag gegen Null. Wäre das anders, könnte man die großspurigen Ankündigungen sogar ernst nehmen. Aber so wird es wohl demnächst keine jährliche Dynamisierung der Betreuungspauschale geben, so dass die Kommunen weiterhin den Hauptteil des Kostenanstieges tragen müssen. Und wenn die Leipziger CDU sich der von uns schon lange geforderten, für Eltern kostenfreien Kinderbetreuung anschließen würde, könnte sie sich ja zunächst dafür einsetzen, dass sämtliche Personalkosten in Kitas vom Land übernommen werden. Denn auch Kitas sind Bildungseinrichtungen; und für Bildung ist ja wohl das Land zuständig.

Anfangs belächelt und beschimpft ...

Links-Stadtrat Rüdiger Ullrich diskutiert im Rathaus über Kita- Gebühren und Spielräume

Seit dem Jahre 2000 werden die Elternbeiträge in den Leipziger Kindertagesstätten in ständiger Regelmäßigkeit – mit einer Ausnahme im Jahr 2004 – angehoben. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Hier wird ein falsches Signal gesetzt. Wer sich die Aufgabe gestellt hat, „Rahmenbedingungen für eine ausgeglichene Altersstruktur zu schaffen“, muss den jungen Familien Angebote machen. Ein bedarfsgerechtes und ein finanzierbares Angebot an Kindertagesstättenplätzen ist für berufstätige junge Eltern ein wichtiges Argument, sich für die Stadt Leipzig zu entscheiden. Ständige Diskussionen über Beitragserhöhungen schaden dagegen dem Image der Stadt.

Dabei betrachten wir die Tatsache, dass die Stadt trotz vollmundiger Ankündigungen von Landes- und Bundespolitikern nach wie vor den mit Abstand größten Anteil an den steigenden Betriebskosten zu tragen hat, äußerst kritisch. Im kostenintensiven Bereich der Kinderkrippe ist es zum Beispiel ein Anteil für die Stadt von ca. 72,4 Prozent, für die Eltern sind es ca. 17 Prozent und für das Land sind es lediglich ca. 10,6 Prozent.

Das Land spart sich auf Kosten der Kommunen gesund. Wir stellen

Gesamtkosten für einen Krippenplatz ca. 877,- Euro, Landeszuschuss 150,- Euro, Eltern zahlen ca. 190,- Euro die Stadt finanziert 537,- Euro.

erneut die Forderung, den Landeszuschuss jährlich – ausgehend von der konkreten Situation in der jeweiligen Kommune – anzupassen. Ein

pauschaler Zuschuss von 1800,- Euro pro Platz im Jahr, der für Jahre festgeschrieben ist, erfüllt in keiner Weise die Anforderungen.

Die ungleiche Kostenverteilung führt letztendlich dazu, dass die Stadt bestrebt ist, ihre vom Gesetz her gegebenen Möglichkeiten voll zu nutzen, um zumindest einen Teil der steigenden Kosten an die Eltern weiterzugeben. Diese Situation erleben wir nun schon seit acht Jahren und wir stellen zu unserer Freude fest, dass sie immer weniger akzeptiert wird. Die viermonatige Diskussionszeit für die Beschlussvorlage im Rathaus ist Ausdruck dafür. Meine Fraktion versucht seit Jahren, mit Änderungsanträgen die Höhe des Anteils der Eltern an den Betriebskosten abzusenken und so einer ständigen Beitragserhöhung entgegen zu wirken. Anfangs wurden wir belächelt, mal auch beschimpft. Wir haben es aber als Erfolg betrachtet, als im vergangenen Jahr erstmalig nicht der für die Eltern mögliche Höchstsatz in Anwendung gebracht wurde, auch wenn wir uns mit unseren weitergehenden Forderungen nicht durchsetzen konnten.

Wir sind deshalb davon ausgegangen, dass die Stadt in diesem Jahr ihren Spielraum zugunsten der Eltern noch weiter ausnutzt und so ein positives Zeichen für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit setzt. Das ist mit dem ersten Vorschlag, der eine Erhöhung zwischen 1,84 Euro im Hort und 7,18 Euro in der Krippe vorsah, nicht geschehen. Inzwischen liegt ein wesentlich moderaterer Vorschlag vor. Um diesen weiter abzusichern, sind wir von unserer Maximalforderung abgewi-

chen und haben gemeinsam mit der SPD einen Kompromissvorschlag eingereicht. Insbesondere im Krippenbereich, wo die Beiträge mit ca. 190,- Euro schon extrem hoch sind, soll nicht weiter gekürzt werden und für das nächste Jahr soll eine Nullrunde für Hort, Kindergarten und Krippe festgeschrieben werden.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion sagen. Zunächst hat man von ihnen vier Monate lang überhaupt nichts gehört, außer dass sie nicht wissen, was sie eigentlich wollen. Dann, nachdem andere reagiert haben, versuchen sie, noch eins drauf zu setzen und schießen prompt in populistischer Art und Weise am Ziel vorbei. Sollten nämlich in diesem Jahr und im nächsten Jahr die Beiträge für Krippen nicht angehoben werden – und das ist unser erklärtes Ziel –, dann ist der Spielraum der Stadt nahezu ausgeschöpft. Dann können Beitragserhöhungen nur noch durch Gesetzesänderungen bzw. höhere Zuschüsse von Land und Bund verhindert werden. Setzen Sie sich dafür ein, das wäre mal ein echter Beitrag. Vielleicht sollten Sie sich aber noch mit Ihrer Finanzbürgermeisterin Frau Kudla verständigen. Sie ist gegenwärtig dabei, neue Haushaltssicherungsbeiträge zu akquirieren. Unter anderem will sie mit Ihnen darüber diskutieren, ob die Zuschüsse für Schul- und Kinderdarspeisung für HARTZ-IV-Empfänger nicht gekürzt oder ob die ermäßigten Elternbeiträge für Familien mit mehreren Kindern und für Alleinerziehende nicht angehoben werden können. Wir sind gespannt, wie Sie sich in der Diskussion schlagen werden.

Ist das Sozialticket zu kostspielig?

Für die Leipziger Stadtverwaltung scheint das Sozialticket vorerst vom Tisch zu sein. „Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage können wir diese freiwillige Leistung nicht vorschlagen“, wird Sozialbürgermeister Thomas Fabian (SPD) sehr verkürzt in vielen Meldungen zitiert. Er äußerte sich dahingehend doch etwas ausführlicher: „Auch wenn gute Gründe für die Einführung eines Sozialtickets – das ich lieber Leipzig Mobil Card nennen würde – sprechen, kann eine solche freiwillige Leistung aber nur mit Berücksichtigung der aktuellen Haushaltslage finanziert werden. Deshalb wird seitens der Verwaltung die Einführung eines Sozialtickets nicht vorgeschlagen.“ Die Einführung eines Bus- und Straßenbahntarifs für Einkommensschwache würde die Kommune jährlich 1,4 Millionen Euro kosten. Das Sozialticket ist von mehr als 20.000 Bürgern gefordert worden, das reicht für ein Bürgerbegehren aus, wird gewarnt.

LN erfuh von der Sprecherin der Bürgerinitiative Petra Weißfuß:

Ab 1. April befindet sich die Verwaltungsinformvorlage im parlamentarischen Vorgang, d.h. in den Fraktionen und Ausschüssen.

In der Ratsversammlung am 16. April wird diese als Verwaltungsstandpunkt zur Kenntnis gebracht.

Inzwischen muss es uns gelingen (wir arbeiten daran) einen Stadtratsbeschluss am 16.04. herbeizuführen, der diese Informvorlage zu einer Beschlussvorlage erhebt. Damit könnte im Mai 2008 eine entsprechende Beschlussfassung erfolgen – noch ergebnisoffen.

Die Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ berät sich am Dienstag, dem 1. April, mit Stadträten der verbündeten Fraktionen über das weitere Vorgehen. Für den 16. April sind weitere Aktionen im Umfeld der Ratsversammlung vorgesehen, um den Druck auf die Stadträte zu erhöhen.

Leipziger Stadtratsnotizen

Keine Problemlösungen

Keine Zustimmung erhielt ein CDU-Antrag zu Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern sowie ein Antrag von Bündnis 90/Grüne zur Schaffung einer Stelle für einen Klimabeauftragten der Stadt. In beiden Fällen ist ein ämterübergreifendes Vorgehen erforderlich, wie die vollständige Durchsetzung des Konzeptes autarmer Innenstadt bzw. die Schaffung eines Beauftragten für nachhaltige Sicherung einer gesunden Umwelt zugehen.

„Energie-Preis“ und Passivhausstandards

Beschlossen wurden zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Demnach nimmt ab diesem Jahr die Stadt am Wettbewerb um den Europäischen Energiepreis teil. Bei der Errichtung aller neuen städtischen Gebäude ist der Passivhausstandard anzustreben.

Leipzig ist Nettozahler

Eine Anfrage der Linksfraktion ergab, dass die Sparkasse Leipzig seit 2002 Nettozahler in der Sachsenfinanzgruppe war und kein Cent aus den Gewinnen der Landesbank Sachsen nach Leipzig geflossen ist. Im Gegenteil – es blieben sogar ca. 4 Mio. Euro aus den von der Leipziger Sparkasse erwirtschafteten Gewinnen bei der Sachsen-Finanzgruppe. Es ist nicht vorstellbar, welcher Schaden für die Leipziger Sparkasse durch die Pleite der Sächsischen Landesbank entstanden wäre, wenn nicht in einem zurückliegenden Bürgerentscheid eine Mehrheit gegen die auch vom damaligen OBM Wolfgang Tiefensee favorisierte Fusion gestimmt hätte.

Übrigens: Wir haben einen Personalkostenanteil von 73,49 Prozent an den gesamten Betriebskosten in den Kindereinrichtungen. Kann man in diesem Bereich sparen? Nein! Qualifiziertes Fachpersonal kostet nun mal Geld.

SPD-Stadträtin Ute Köhler-Siegel in der Ratsversammlung am 19. 03. 2008



Foto:Helmut Ulrich

Die Bausubstanz der Gebäude der Musikalischen Komödie hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert. Mit Instandhaltungsmitteln aus dem laufenden Budget der Oper Leipzig – die MUKO ist ihr seit langem angegliedert – können im Wesentlichen nur dringend erforderliche Wartungen an technischen Anlagen und Notreparaturen ausgeführt werden. Für die Erhaltung dieser beliebten Spielstätte und insbesondere für die notwendigen Ausstattungen der Zuschauerbereiche müssen deshalb zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Durch den Stadtrat wurde aus diesem Grund beschlossen – zwischen 2001 und 2004 – zusätzlich zum regulären Eintrittspreis einen zweckgebundenen Zuschlag in Höhe von 1,50 Euro je Karte zu erheben. Mit einem ergänzenden Stadtratsbeschluss wurde ein „Not-Euro“ für die Jahre 2005 und bis 2008 auf jede Eintrittskarte festgelegt. Jetzt gibt es eine Verlängerung bis zum Juli 2011, die alle Stadtratsfraktionen im vergangenen Monat auf den Weg gebracht haben. Die Einnahmen aus dem zweckgebundenen Zuschlag betragen bis Ende 2007 insgesamt 281 000 Euro. Mit ihnen wurden u. a. finanziert: Sanierung der Besuchertoiletten, Erneuerung des Parkettfußbodens, Restaurierung der Wandbereiche im Zuschauersaal. Außerdem konnte mit dem Programm

Stadtbau Ost die Modernisierung und Verschönerung des Foyers unterstützt werden. Unübersehbar ist auch weiterhin dringender Instandhaltungsbedarf, der aus geplanten Mitteln und den aus den Jahren 2007 und 2008 erwarteten Mehreinnahmen durch den Not-Euro nicht finanziert werden kann.

Dazu gehören die Erneuerung
 • der Saaldecke (55 000 Euro)
 • der Beleuchtung (20 000 Euro)
 • der Zuschauerpodeste (70 000 Euro)
 • der Zuschauerstühle (150 000 Euro)

Bei Weiterführung der zweckgebundenen Zulage werden von August 2008 bis zum Juli 2011 weitere Einnahmen in Höhe von 130 000 Euro erwartet. Mit diesen Geldern wird ein Teil der dringend notwendigen Reparatur- und Rekonstruktionsvorhaben ermöglicht. Für die Besucher ist damit eine wesentliche Verbesserung der noch immer unzureichenden Bedingungen möglich. Außerdem ist es mit einem attraktiveren Haus noch besser möglich, diese nicht nur für die Leipziger unverzichtbare Spielstätte über die Stadtgrenzen hinaus zu popularisieren. Die MUKO ist nach der Schließung des Berliner Metropol-Theaters neben der Staatsoperette Dresden das einzige Theaterhaus dieser Art in Deutschland.

• - CK

Anzeigen

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
 herausgegeben von
 Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

dietz berlin

Band VI der Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus
 416 Seiten, gebunden
 24,90 Euro, ISBN 978-3-320-02140-5

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
 Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
 Tel. 030 2978-4533/-4534 - Fax 030 2978-4536
 info@dietzberlin.de, www.dietzberlin.de

dietz berlin

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
 herausgegeben von
 Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

dietz berlin

Band VI der Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus
 416 Seiten, gebunden
 24,90 Euro, ISBN 978-3-320-02140-5

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
 Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
 Tel. 030 2978-4533/-4534 - Fax 030 2978-4536
 info@dietzberlin.de, www.dietzberlin.de

dietz berlin

Ministerpräsident Georg Milbradt überreichte am Dienstag, 25. März, in einer Feierstunde in der Sächsischen Staatskanzlei acht sächsischen Bürgerinnen und Bürgern das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Mit dieser Auszeichnung ehrt der Bundespräsident Menschen, die sich in Politik, Wirtschaft, Kultur, Sozialem, Gesellschaft oder Ehrenamt in herausragendem Maße engagiert haben – so weit, so oberflächlich und in einem Fall, so falsch, die offizielle Nachricht.

Denn einer unter den acht, die es der sächsischen Staatsregierung wert sind, dermaßen geehrt zu werden, ist der Leipziger Volker Schimpff, geboren am 16. Oktober 1954 in Ballenstedt, Sachsen-Anhalt; evangelisch. In der DDR gab es zwar keinen offiziellen numerus clausus, aber in Leipzig einen Studienplatz für Museologie zu bekommen, das war schon was.

MAN MUSS ES SICH AUF DER ZUNGE ZERGEHEN LASSEN, als was für ein Held dieser Mann nun an vergessliche Bürger verkauft werden soll. Schließlich ist es nicht zuletzt er, dem die Sachsen-CDU die zunehmend gestellte Frage verdankt, wie braun sie inzwischen schon sei. Schimpff war von 1990 bis 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages (kam dann wegen seiner entlarvenden öffentlichen Auslassungen sicherheitshalber nicht mehr auf die Liste seiner Partei, und als Direktkandidat hatte er inzwischen ohnehin keine Chance, in seinem Wahlkreis gegen den PDS-Kandidaten Dietmar Pellmann zu gewinnen). Dass er als Mitglied des Landtages ausgerechnet Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses war, machte seine öffentlichen, vor allem rassistischen Entgleisungen noch gefährlicher und diskriminierte letztlich diesen Ausschuss.

DAS BUNDESVERDIENSTKREUZ bekam er von Parteifreund Milbradt im Auftrag des

Rechter Scharfmacher in Sachsen-bundesverdienstkreuzwürdig

Mit Schimpff zur Schande



Schimpff im CDU-Internetauftritt in trauter Gemeinsamkeit

Bundespräsidenten an die Brust geheftet, weil er sich „durch langjähriges politisches und ehrenamtliches Engagement herausragende Verdienste erworben“ habe. Und: „Volker Schimpff hat sich darüber hinaus uneigennützig für Frieden, Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und für die Menschenrechte vor allem im östlichen Mitteleuropa eingesetzt. Mit seinem im Jahre 1991 gegründeten Hilfswerk ‚Sachsen hilft Kroatien‘ organisierte er gemeinsam mit ehrenamtlichen Mitarbeitern zahlreiche durch Spenden finanzierte Hilfstransporte in die vom Bürgerkrieg gezeichnete Region.“ Warum sich Schimpff ausgerechnet in Kroatien engagierte, sei der privaten Kommentierung überlassen. Zur Erinnerung Aussprüche, mit denen der CDU-Weitrechtsaußen Schimpff nur Schande über Sachsen und Deutschland brachte. Am 16. März 2000 äußerte sich Schimpff im Landtag angesichts der drohenden Überstellung ausländischer Straftäter in ihr Herkunftsländ: „Und zugegebener

Maßen hielte sich mein Mitleid in Grenzen, wenn der in heimatischen Kulturkreis einsitzende Verbrecher bei der Arbeit Ketten an den Füßen hätte oder für Disziplinverstöße statt einstweiligen Entziehens des Lesestoffes, wie im deutschen Strafvollzugsgesetz, die in Afrika und Asien vorgesehenen Peitschenhiebe kriegte. Es diene schließlich dem progressiven, liberalen Hauptzweck der Freiheitsstrafe: seiner Resozialisierung.“

DIESE SOGEMANNTEN „PEITSCHEN-REDE“ war kein Ausrutscher. Wie sonst hätte der Un-demokrat die vom Volk mit übergroßer Mehrheit legitimierte demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone, in der Junkerland in Bauernhand kam, mit faschistischem Rassenmord gleichgesetzt. Ungestraft, ungetadelt konnte er, ganz auf Parteilinie, wiederum im Landtag höhnen: „Das war keine Bodenreform, das war Klassenmord, so wie wenige Jahre vorher die Nationalsozialisten Rassenmord begangen haben.“ Ist das

hier und heute ein Bundesverdienstkreuz wert? Wenn ja, dann ist es natürlich auch nicht weiter schändlich, wenn Schimpff den ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Beneš mit Hitler auf eine Stufe stellte: „*Meine Damen und Herren, der Ungeist der Hitler und Stalin, Beneš und Bierut darf das zusammenwachsende Europa nicht vergiften.*“

Wer sich durch solches „langjähriges politisches und ehrenamtliches Engagement herausragende Verdienste erworben“ hat, bei dem zählt dann eine kleine Entgleisung am Rande kaum mehr. Da kann man dann schon mal das Leipziger Uni-Radio als „geistigen KZ-Wächter“ beschimpfen.

Öffentlich schändlich aufgefallen war der Rechtspopulist schon 1992. Damals hatte er für das Eingeständnis deutscher Schuld an Krieg und Faschismus – verankert in der sächsischen Verfassung – nur Hohn übrig, weil das „*Bekennnis ewiger Schuld*“ nur denen nütze, „*die dem Volk den ewigen In-Sack-und-Asche-Gang oktroyieren wollen*“. Folgerichtig dann sein Kommentar, nachdem er am 21. Januar 1998 die Wehrmachtsausstellung heimgesucht hatte. Er legitimierte Kraft seines Amtes die von der NPD grölend auf die Straße getragenen Proteste unter der Parole „*Mein Großvater war kein Verbrecher*“: „*So sollen 18 Millionen zumeist wehrpflichtige deutsche Soldaten – die gesamte Generation unserer Väter und Großväter – zu den Tätern im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, zu Mördern gestempelt werden.*“

MAN KANN ZUM BUNDESVERDIENSTKREUZ STEHEN wie man will, man kann dem Staat die Ehre antun, es anzunehmen oder nicht. Wenn aber Rassismus-Propagandisten, wenn Rechtsaußen-Populisten solch ein Blech bekommen, dann steht die Frage nach dem Zustand Demokratie. Dann spreche ich von Unrechtsstaat.

• **MAXI WARTELSTEINER**

Justizminister verhört Hartz-IV-Betroffene

LN. Die jetzt vorgelegte offizielle Justizstatistik bestätigt: Hartz IV ist ein politisches Desaster und eine menschliche Tragödie. So hat sich die Zahl der Klagen im Vorjahr in Sachsen beinahe verdoppelt, auf 11 264. Dass 43 Prozent der Betroffenen ganz oder teilweise obsiegen, obwohl das Gesetz ja zu ihren Lasten gemacht ist, offenbart politisch motivierte Behördenwillkür, mit der die Langzeitarbeitslosen um ihre Rechte gebracht werden sollen. Landtagsabgeordneter Dietmar Pellmann (DIE LINKE.) dazu: „Dieser Rechteklau muss ebenso weg wie der ganze Sozialraub der Hartz-Gesetze! Die Behauptung des Justizministers, die Verfahrensdauer halte sich auch bei Hartz-IV-Verfahren in Grenzen, ist eine Verhöhnung der Betroffenen, die derzeit in diesen für sie existenziellen Verfahren in Sachsen durchschnittlich 8,3 Monate auf eine Entscheidung warten müssen – und damit fast zwei Monate länger als im Vorjahr.“

Wer belastet wen?

Zur Behauptung des Wirtschaftsministers Thomas Jurk (SPD) in der LVZ (Osterausgabe), „auch Peter Porsch“ sei „eine deutliche Belastung“ gewesen, erklärt der Landtagsabgeordnete der LINKE Prof. Dr. Peter Porsch: „Ich kann dies gut verstehen, denn immerhin gelang es mir als jeweiliger Spitzenkandidat und danach auch Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender, die PDS vom Ausgangswert 10,4 Prozent 1990 auf 23,6 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen 2004 zu führen. In der gleichen Zeit sank der Stimmenanteil der SPD von ursprünglich über 21 Prozent auf blamable 9,8 Prozent unter der Führung von Thomas Jurk. Offensichtlich waren meine Partei und ich mit unseren Themen und unserer Politik immer näher an den Problemen der dran als die SPD.“

22. März

Dresden: Die Kriminalpolizei ermittelt wegen eines „Ostergußes“ mit rechtsextremistischem Hintergrund an den früheren Landes-Sozialminister Geisler (CDU). In seinem Briefkasten wurden ein Flugblatt über Judendeportationen im Dritten Reich und ein mit „Heil Hitler“ unterschriebenes Schriftstück gefunden.

24. März

Plauen: Die Plauerer kämpfen um den Erhalt ihrer traditionellen Gardinen-Produktion. Mehr als 2000 Bürger der Stadt beteiligten sich bereits an einer Unterschriftenaktion. Die Mitarbeiter des Unternehmens wollen die Produktion im Vogtland halten. Die Augsburgsberger Albani-Gruppe will die Gardinenherstellung ins Ausland oder nach Augsburg verlagern.

25. März

Leipzig: Die Verkehrsbetriebe wollen ein Nahverkehrsticket für sozial Schwache anbieten. Nach Rathaus-Angaben soll die Monatskarte 25 Euro kosten. Voraussetzung sei aber, dass die Stadt das Projekt mit

SACHSEN-CHRONIK

(22. März bis 30. März)

jährlich 1,4 Mio. Euro unterstütze.

26. März

Reichenbach: Mitglieder einer offenbar rechtsextremistischen Gruppe haben sich in ein Schullandheim der Arbeiterwohlfahrt einquartiert. Wie die „Freie Presse“ berichtet, halten sich in dem Haus in Limbach 50 Kinder und Jugendliche sowie acht Betreuer als Pfadfinder auf. Die Reichenbacher Polizei hat den Staatsschutz um Hilfe gebeten.

Leipzig: Die Stadt beklagt eine Zunahme rechtsgerichteter Aktivitäten. Sie betreffen sowohl Schmierereien als auch Gewalttaten, sagte Sozialbürgermeister Fabian. 2006 gab es in Leipzig zwölf rechte Gewalttaten. Die Opferberatungsstelle spricht von 50 Taten Rechtsgerichteter.

27. März

Bautzen: Der Streit um die Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk ist eskaliert. Die Vertreter der Sorben verließen den Stiftungsrat. Auslöser war die Ankündigung des Bundes, seinen Zuschuss in den nächsten fünf Jahren um jährlich 100 000 Euro zu kürzen. Die Mitarbeit ruhe, bis eine neue Finanzierung stehe.

Mittweida: Der Landkreis stellt 66 000 Euro für Projekte gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. Wie das Landratsamt mitteilte, werden insgesamt 27 Projekte unterstützt.

28. März

Leipzig: DHL hat ihr europäisches Luftfracht-Drehkreuz komplett von Brüssel an den Flughafen Leipzig/ Halle verlagert. Ab

Montag starten und landen täglich 57 DHL-Maschinen, bislang waren es 35. Der Umzug erfolgte, um die Flüge auch in der Nacht abwickeln zu können.

Leipzig: Stummfilme aus fast 90 Jahren Filmgeschichte sind bis 25. Mai in Leipzig zu sehen. Das Festival „Solo für Licht“ begann am Abend mit dem Streifen „Dr. Jekyll and Mr. Hyde“ von 1920.

29. März

Dresden: Die Zahl der Notfalleinsätze in Sachsen steigt. Wie die Landesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion mitteilte, gab es 2006 359 761 Einsätze – rund acht Prozent mehr als 2003. FDP-Politikerin Schütz sieht darin eine Folge des Ärztemangels. Immer mehr Menschen würden sofort den Notarzt rufen.

30. März

Bischoffswerda: Ein achtjähriges Mädchen half am Sonnabend bei der Suche nach einem Einbrecher. Laut Polizei beobachtete das Kind den Mann beim Stehlen eines Portemonnaies aus der unversicherten Familienwohnung.

Seit vielen Jahren müssen in Deutschland zum Osterfest immer mehr Lämmer ihr Leben lassen, denn das Osterlamm hat einen ähnlichen Status erreicht, wie die Gans zu Weihnachten. Sie werden den Mutterschafen im Alter von vier bis sechs Monaten weggenommen, sogenannte Milchlämmer noch früher. Dabei ist bekannt, dass Schafe eine besonders ausgeprägte Mutterliebe haben. In einer sich bewegendem Herde leben sie dauernd in der Herde, von den Kleinen getrennt zu werden und bleiben deshalb ständig akustisch mit ihnen in Kontakt, was zu dem bekannten blökenden Spektakel führt. Das möchten die meisten „Verbraucher“, meistens auch aus Rücksicht auf ihre Kinder, natürlich nicht wissen. Deshalb sind Lämmchen-Bilder in den Metzgereien und auf deren Webseiten auch kaum zu sehen, sondern es wird mehr auf die Qualität des Fleisches verwiesen und was man alles Schnuckeliges (kommt von Heidschnucke) daraus machen kann. Die katholische Kirche beugt Skrupeln allerdings vor, indem sie in diesem Zusammenhang lehrt, Tiere hätten keine Seele und damit auch keine Gefühle, keine Schmerzen usw. Damit sind wir beim Thema, denn für die Renaissance des Osterlammes ist auch die stärkere Betonung religiöser Traditionen verantwortlich.

Das Lamm war als Symbol für Unschuld, Sanftmut und Reinheit in längst vergangenen Zeiten in vielen Glaubensrichtungen, übrigens auch im Islam, ein Opfertier. Die Juden schlachteten und verspeisten es während des Pessach-Festes in Erinnerung an ihre Rettung vor den Ägyptern. Nach dem Alten Testament hatte Gott bekanntlich durch die Verhängung der sogenannten zehnten Landplage vom Pharao die Genehmigung für den Auszug der unterdrückten Hebräer erzwungen. Ein Todesengel tötete in einer Nacht alle Erstgeborenen von Mensch und Vieh der Ägypter. Die Hebräer blieben verschont, denn sie hatten zur Orientierung für den Todesengel die Türpfosten



ihrer Häuser mit Lammblood eingeschmiert.

Eine noch grundlegendere Bedeutung erreichte das Lamm im Zusammenhang mit Jesus. Er wurde zur gleichen Zeit gekreuzigt, als die Pessach-Lämmer geschlachtet wurden. Im Neuen Testament gilt er als Lamm Gottes, das die Sünden der Welt trug und durch seinen Opfertod die Versöhnung zwischen Menschen und Schöpfung ermöglichte. Seine Auferstehung (Ostersonntag) gilt als Sieg über den Tod. Sie winkt allen Christen im Himmel. Damit war das Lamm im Christentum für immer mit Jesus Christi verknüpft und wird zum Osterfest als gebackenes Osterbrot oder eben als Lammgericht verspeist.

Ein dritter Grund für das ansteigende Sterben der Lämmer ist allerdings auch in den dadurch gewachsenen Gewinnmöglichkeiten für eine ganze Reihe von Branchen zu suchen. Die Schäferei Baumbach in Schleswig-Holstein, um ein Beispiel zu nennen, verkauft zu Ostern zirka 450 Salzwiesenlämmer, im gan-

zen Jahr sind es 3000. Aus einem Lamm kann man 18 bis 22 Kilogramm Fleisch gewinnen, das dann als Lammkeule, -rücken, -kotelett usw. auf den Tisch kommt. Man kann aus Lamm natürlich auch ganz andere Gerichte, als einfachen Lambraten zubereiten. Johann Lafer, einer der vielen Fernseh-Kochentertainer Deutschlands, dessen Spitzen-Gourmet-Kreationen mehr wie kunstvolle Pflanzengestecke oder von oben betrachtet wie surrealistische Bilder wirken, bereitet z.B. „Lammcarree mit Tapenadenkruste und Kartoffel-Artischocken-Ragout“ oder „Lammcarree unter der Zitronenthymiankruste mit Ratatouille und gebratenen Kartoffelgnocchis“.

Vielleicht hinkt der Vergleich, aber man könnte hier einfügen, dass sich im spätabsolutistischen Frankreich der Adel am Königshof in seinem großen wahn sinnigen Streben nach Genussbefriedigung u.a. Nachtigallenzensalat servieren ließ, laut Geschichtsschreibung ein Zeichen für den kulturellen Ver-

fall der Gesellschaft.

Das diesjährige Osterfest war übrigens so kalt, wie seit 38 Jahren nicht mehr. Selbst der Papst verzichtete aufgrund des regnerischen und ungemütlichen Wetters in Rom in diesem Jahr darauf, auf den letzten drei Stationen des Kreuzweges (Nachgestaltung des Leidensweges Jesu) das Kreuz zu tragen. Scheinbar traut er seinem Gott auch nicht so richtig über den Weg.

Da waren die Ostermarschteilnehmer in Deutschland aus ganz anderem Holz geschnitten. Trotz widriger Witterungsbedingungen nahmen mehrere 10 000 Teilnehmer an über 80 Veranstaltungen teil. Neben dem Protest gegen die völkerrechtswidrigen Kriege im Irak und in Afghanistan und dem Nahostkonflikt wurden Atomwaffen, die Militarisierung im Innern, die sogenannten Sicherheitsgesetze, die Repression in Tibet und der türkisch-kurdische Konflikt thematisiert.

In Leipzig forderten die Teilnehmer am Ostermarsch den Leipziger Oberbürgermeister auf, sich im Aufsichtsrat des Flughafens,

entsprechend eines Antrages der Stadtratsfraktion der Linkspartei, gegen die Nutzung des Leipziger Flughafens für militärische Zwecke auszusprechen.

Kalt kann es einem allerdings auch werden angesichts der globalen Krise der kapitalistischen Finanzmärkte. Die Medien berichteten Ostern über deren weitere Verschärfung und daraus entstehende Bedrohungen auch für den Steuerzahler. Amerikanische Ökonomen beginnen bereits das Ausmaß der Krise mit der Bankenkrise Anfang der dreißiger Jahre zu vergleichen. Otto Normalverbraucher kann schnell in die Rolle eines Opferlammes geraten und viel verlieren. „Moral Hazard“ lautet die demaskierende Bezeichnung für das Denken der Banken. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Staat, um weiteren Schaden abzuwenden und die betroffenen Banken zu retten, „regulierend“ eingreift. Die jeweiligen Regierungen müßten laut Frankfurter Allgemeine mit Steuermitteln einen Fond schaffen, aus dem der Massenaufkauf der betreffenden hypothekensicherten, und inzwischen weitgehend wertlosen Papiere durch die Zentralbanken erfolgt.

Inzwischen ist auch die Bayerische Landesbank in den Strudel geraten und hat die seit Monaten gebetsmühlenartig wiederholten Beruhigungsargumente erneut Lügen gestraft. Vielleicht ruft man in Deutschland deswegen auch eines Tages das Bundesverfassungsgericht zwecks einer Entscheidung an. Das ist ja inzwischen in Mode gekommen. Dazu fällt einem nur ein Äußerung des Dramatikers Peter Hacks ein: „Regierung, Parlament, Justiz, die drei Gewalten/Sind, was man Diebstahl nennt./ In drei Gestalten.“ Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft wird sich auch nach dem Osterfest weiter vertiefen. Für die Folgen wird wieder niemand verantwortlich sein wollen. Es wird werden wie bei den Lämmern. Für dessen Sterben will eigentlich auch niemand so richtig Verantwortung übernehmen.

• MANFRED BOLS

LN. Lisa, die Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke. Gruppe Leipzig, nahm den internationalen Frauentag 2008 zum Anlass eine Politische Erklärung zu verabschieden. Die darin formulierten Forderungen nach offener Diskussion wurden inzwischen zum Teil erfüllt. Nicht aber die nach einer kompletten Neuwahl des Stadtvorstandes der LINKEN. Ihnen geht es aber auch um den Grundkonsens ihrer Partei, der seit der politischen Wende 1989/1990 im Willen nach einer Zukunft mit sozialistischer Perspektive besteht. Dazu gehört das Eintreten für Transparenz, Ehrlichkeit und Demokratie von unten, Offenheit, Toleranz und Mitbestimmung. Daher würde man manche Entwicklungen im Stadtverband Leipzig mit Sorge betrachten, zunehmend hielten Intoleranz, persönliche Beschimp-



Lisa – Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der Partei DIE Linke:

Grundkonsens ist Transparenz, Ehrlichkeit, Mitbestimmung

fun gen und Aggressionen Einzug. Die vom Stadtvorstand beschlossenen Änderungen seiner Geschäftsordnung bedeuten nach Ansicht der Lisa-Frauen, dass die Politik ihres Stadtverbandes hinter geschlossenen Türen gemacht werden könne oder sogar soll.

Wörtlich heißt es in der Erklärung u. a.:

„Unseres Erachtens gibt es zwei große

Konflikte. Erstens befindet sich unsere Partei wie jede andere Partei, die parlamentarisch nicht die absolute Mehrheit besitzt, in dem Dilemma, ob sie radikale Forderungen stellen sollte oder sich (nur) für das einsetzt, was parlamentarisch derzeit machbar ist, also aktive Gestaltungspolitik betreibt. Bei den Grünen hieß das Fundis gegen Realos. Dieses Spannungs-

feld ist normal. So ist Politik. Darüber diskutiert mensch und trifft dann eine Entscheidung.

Und genau hier liegt der zweite Konflikt. In unserem Stadtverband wird zu wenig diskutiert. Die politische Richtung wird von einigen GenossInnen bestimmt. Politische Absprachen finden geheim statt. Kritische Äußerungen werden als Beleidigung gewertet. Anträge werden belächelt oder abgeschmettert, ohne sich inhaltlich damit auseinander zu setzen oder den Grundgedanken weiterzuentwickeln. Für eine inhaltliche Auseinandersetzung bei verschiedenen Ansichten ist angeblich oft keine Zeit.“

Da hat vor 50 Jahren ...

**Nachgelesen in
Publikationen des Urania-
Verlages und des Verlages
Neues Leben**

Bis 1958 erschien im URANIA-Verlag Leipzig-Jena in einer Auflage von 115 000 Exemplaren das Buch „Sexuell Aufklären – rechtzeitig und richtig“. Unterzeile ein „Ratgeber für sexuelle Erziehung“. Herausgegeben von Psychologen, Kinderärzten, Kreisärzten und Lehrern.

Die Zitate stammen aus dem Kapitel: *Die unerwünschte Schwangerschaft*. „Vielen Menschen bereitet die Tatsache Sorgen, daß sexuelle Liebesbeziehungen immer die Möglichkeit einer Schwangerschaft einschließen. (...) Es gibt aber auch viele, für die die Schwangerschaft nur eine Last bedeutet und die sogar Gefahren auf sich nehmen, um die Schwangerschaft loszuwerden. Die Ursachen dafür sind so vielfältig wie das Leben selbst. Es sind wirtschaftliche Schwierigkeiten, bei verheirateten Frauen eine außereheliche Schwängerung, bei unverheirateten die Schwängerung durch einen nur flüchtig bekannten oder verheirateten Mann, Schwängerung bei in Scheidung lebenden Ehepaaren und noch vieles andere (...) Es gibt auch Fälle, in denen man mit Recht dem Kommen eines Kindes voller Sorgen entgegenseht. Das gilt besonders bei schwerer Krankheit eines Elternteiles. Hier stellt oft ein neues Kind die Eltern vor fast unlösbare Aufgaben. Immer wieder wird daher aus verschiedensten Gründen versucht eine eingetretene Schwangerschaft zu beseitigen (...) Nach den Gesetzen unserer Deutschen Demokratischen Republik kann jedoch eine Schwangerschaft nur unterbrochen werden, wenn bei Austragen des Kindes Lebensgefahr besteht oder eine ernste Gesundheitsschädigung befürchtet werden muss. (...) Die Schwangerschaftsunterbrechung muß außerdem von einer ärztlichen Gutachterkommission bewilligt werden. Erst dann kann sie an einer staatlichen Klinik vorgenommen werden.“

1967 erschien in 12. Auflage im Verlag „Neues Leben“ als Buch über die Liebe „Ein offenes Wort“.

Die Zitate entstammen dem Kapitel „Familie nach Plan“.

„Die internationale Medizin hat nämlich ein Mittel entwickelt, sogenannte ‚Anti-Baby-Pillen‘, die durch einfaches Einnehmen vorübergehende Empfängnisunfähigkeit erzeugen. Auch die Arzneimittelindustrie der DDR hat ein solches Präparat entwickelt (...) Dennoch möchten wir dringend vor übertriebenen Hoffnungen warnen (...) Es ist nämlich durchaus nicht so, daß es etwa genügt, eine dieser Pillen einzunehmen, um dann empfängnisunfähig zu sein. Der Gedanke: Es wird schon gut gehen, ist nicht nur leichtsinnig (...) und setzt damit doch die Verantwortung für ein Kind mit einem Toto-Tip auf eine Stufe. Und wer wollte wohl bestreiten, daß das tatsächlich in höchstem Grade unmoralisch ist...“



Für den Schutz des geborenen Lebens

Nachdenken über Kinderwunsch, Wunschkind und gesellschaftliche Verantwortung, ausgelöst von Wolfgang Böhmers Ungeheuerlichkeiten

Es ist ungeheuerlich, wenn ein einstiger Frauenarzt wie der derzeitige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Wolfgang Böhmer (CDU), Kindstötungen auch junger Frauen im Osten „vor allem mit einer leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern“ erklärt, wie er es Ende Februar gegenüber *Focus* tat. Solch eine Aussage disqualifiziert den Mann in jeder Beziehung. Es gab reichlich öffentliche Kommentare über ihn, der untragbar geworden ist, als Politiker und auch als Arzt.

Wenn er dann aber – angesichts der Empörung, die er auslöste – für die WELT ONLINE seine Gedanken halsstarrig weiterspinn, dann fragt man sich schon, was in dieser täglich ohnehin massenhaft Unrecht produzierenden Gesellschaft noch alles gelogen, betrogen, geheuchelt werden darf. Hauptsache, es diskreditiert und diskriminiert DDR-Bürger und ihre Erinnerungen an sozialpolitisch Vorbildliches. Als Beispiel seien einige Böhmer-Antworten auf ziemlich erhellende WELT-Fragen zitiert:

WELT ONLINE: Sie sagten im Interview mit „Focus“, im laxeren Umgang mit werdendem Leben wirke die DDR nach. Das müssen Sie erklären: Denn die Frauen, die heute abtreiben, haben die DDR ja kaum mehr erlebt. Wie hat sich das DDR-Erbe in den Herzen und Seelen der Menschen tradiert?

Wolfgang Böhmer: Es gibt fast weltweit eine veränderte Einstellung zu der Weitergabe menschlichen Lebens. Der Prozess dahin ist in unterschiedlichen Ländern und Gesellschaftssystemen unterschiedlich abgelaufen. Im Westen Deutschlands etwa mit ausführlichen öffentlichen Diskussionen über Gesetzgebung und ethische Fragen – und im Osten Deutschlands, durch eine Verlautbarung des Politbüros, ohne vorherige Reflexion und Diskussion in der Bevölkerung.

WELT ONLINE: Immerhin aber stimmten – ein einmaliger Vorgang – 1972 bei der Freigabe der Abtreibung 14 Abgeordnete gegen das neue Gesetz.

Wolfgang Böhmer: Das ist richtig – es hat aber nie eine breite öffentliche Diskussion darüber gegeben. Es wurde, anders als im Westen, nur in internen Runden gestritten und vom Politbüro dekretiert.

WELT ONLINE: In dem Volkskammer-

gesetz von 1972 heißt es, bei der Frau liege das volle Recht „zur Bestimmung der Anzahl, des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten“. Das wäre im Westen nicht denkbar gewesen.

Wolfgang Böhmer: Allein schon die Formulierung zeigt, dass die Abtreibung in der DDR zu einem Instrument der Familienplanung gemacht worden ist.

Ein Wort entlarvt seine Benutzer

So weit, so haarsträubend. Aber es lohnt sich, Schritt für Schritt, Aussage für Aussage vorzugehen und Pressehygiene zu betreiben. Vor dem politischen Teil noch eine moralisch-ethische Bemerkung: Böhmer selbst spricht (meist) korrekt von Schwangerschaftsunterbrechung. Warum aber weist er als ein „Arzt, der die Frauen versteht“, nicht konsequent den kriminalisierenden, bewusst beschämenden Begriff „abtreiben“ zurück, wie ihn der Fragende benutzt – weil das Methode ist. Wer auf dieser Diffamierung von Frauen in welcher Zwangslage auch immer beharrt oder sie duldet, der befindet sich allerdings in schönster christlich-katholischer Kontinuität. 1532 tauchte die „Abtreibung“ zum ersten Mal in der *Peinlichen Gerichtsordnung* von Kaiser Karl des V. auf, konkret als Strafe für Abtreibung. Und die bestand, wie christlich, in Folter durch den „glühenden Zangenriss“ und im Tod durch das Schwert. Daran hat sich im Laufe der Jahrhunderte nur das Martialische etwas abgeschwächt, bis dann 1943 unter den Nazis wieder die Todesstrafe für dieses Vergehen stand, weil „Abtreibung“ schließlich „die Lebenskraft des deutschen Volkes“ fortgesetzt beeinträchtigt“. Andererseits blieb ein Abbruch straflos, wenn er die Fortpflanzung „minderwertiger Volksgruppen“ verhindere. In der Endphase des Krieges, im März '45, trieb das in einem Erlass des Reichsinnenministeriums noch eine besondere Blüte: Eine von einem feindlichen Westalliierten vergewaltigte Frau musste das eventuell dabei gezeugte Kind austragen, im Unterschied zu einer, die Opfer eines Sowjetsoldaten wurde. Was aber nun sagte Böhmer, auf die Vergesslichkeit seiner Wähler und/oder auf das Monopol der Meinungsbildung bauend, das er bei sich und seiner CDU sieht? Zuerst einmal räumt er eine weltweit

„veränderte Einstellung zur Weitergabe menschlichen Lebens ein“, was insofern nur zu bekräftigen ist, als beispielsweise schon auf der Jahreskonferenz für Menschenrechte 1968 in Teheran proklamiert wurde, „dass Paare ein grundlegendes Menschenrecht haben, frei und in eigener Verantwortung die Anzahl und den Zeitpunkt der Zeugung ihrer Kinder zu entscheiden“. In den Materialien der Weltkonferenz im Jahr der Frau 1975 hieß es unter anderem: „Alleinstehende und Ehepaare haben das Recht, frei und verantwortlich die Zahl und den Zeitabstand ihrer Kinder zu bestimmen und Informationen und entsprechende Mittel dafür zu erhalten. Die Ausübung dieses Rechts ist die Grundlage für die Erringung jeglicher echter Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Wird dies nicht erreicht, so ist die Frau in ihrem Versuch, aus anderen Reformen Nutzen zu ziehen, benachteiligt“. – Was in erster Linie das Recht auf Selbstverwirklichung und den Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft.

In diesem Sinne lassen sich zahlreiche ähnliche Forderungen anführen, zum Beispiel die der Internationalen Organisation für Familienplanung (IPPF), in die übrigens die DDR schon 1967 als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wurde. Böhmer behauptet nun, dieser internationale Prozess sei in der BRD „mit ausführlichen öffentlichen Diskussionen über Gesetzgebung und ethische Fragen – und im Osten Deutschlands, durch eine Verlautbarung des Politbüros, ohne vorherige Reflexion und Diskussion in der Bevölkerung“ abgelautet. Larifari.

Was schert die CDU eine parlamentarische Mehrheit

Im Westen gingen zwar Frauen auf die Straße, skandierten, mein „Bauch gehört mir“. Das Essay hat sich selbstredend literarisch und akademisch dem Thema genähert. SPD-Frauen und Grüne waren auch zu Hauf gegen den § 218. Aber sonst? Und dann? Dann blieb der frauenverachtende § 218 bestehen. Genau genommen war es noch viel schlimmer. Am 18. Juni 1974 hatte sich doch tatsächlich eine Bundestagsmehrheit für Anerkennung einer Fristenlösung durchgerungen (wie in der DDR damals schon seit

zwei Jahren praktiziert), womit eine Interruption in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straffrei geblieben wäre. Jedoch, was scheren sich C-Parteien-Politiker um demokratisch zustande gekommene parlamentarische Mehrheiten. Drei Tage später, am 21. Juni 1974 setzte die CDU/CSU beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung durch, wonach diese Fristenregelung in wesentlichen Teilen verfassungswidrig sei. Die von Frauen, Männern, Familien des Landes ersehnte Abschaffung des für eine aufgeklärte Gesellschaft untragbaren §218 blieb aus. Das Politbüro der CDU/CSU wollte es so und pfiff auf jedwede Diskussion im Vorfeld. Am 25. Februar 1975 folgte dann das gewünschte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Fristenlösung würde wesentliche Teile des Grundgesetzes verletzen: „Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung auch unter Art. 2 Abs. 2 und Art. 1 Abs. 1 GG, und hat auch Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau.“ Es wird eine sogenannte Indikationslösung vorgeschlagen, das heißt, Frauen müssen medizinische oder besonders starke soziale Gründe nachweisen, um eine Interruption genehmigt zu bekommen. Das ließ, weil es absolut rechtsunsicher formuliert war, jeglicher Auslegungswillkür freie Bahn. Von den entwürdigenden Prozeduren für die Frauen gar nicht zu reden. Was allerdings in bundesdeutschen Privatkliniken möglich war, kann nur eine Dunkelziffer erfassen. Was für eine Doppelmoral!

Am 18. Mai 1976 trat in der BRD der neu gefasste § 218 StGB in Kraft, das bedeutete grundsätzlich eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe für denjenigen, der eine Schwangerschaft abbrach. In besonders schweren Fällen war eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren möglich. Im Alltag entwickelte sich der Interruptionstourismus via Niederlande und England enorm. Kein Problem für begüterte Frauen. Zu Beginn der 1980er Jahre soll etwa die Hälfte aller Abbrüche in den in dieser Beziehung besonders liberalen Niederlanden an deutschen Frauen durchgeführt worden sein. Die illegalen, die lebensgefährlichen Abbrüche, ausgeführt von Freundinnen, professionellen Engelmacherinnen und anderen Kurpfuschern, die man wirklich Abtreibungen nennen kann, wurden in dieser Zeit in der BRD jährlich auf 200 000 bis 400 000 geschätzt. Das entsprach 25 bis 40 Prozent aller Lebendgeborenen. Was alles nur beweist, ein patriarchalisches Wertesystem mit Frauen zwischen Kindern, Küche und Kirche kann von Politikern, so sehr sie sich auch bemühen, den Menschen nicht einfach übergestülpt werden. Erst recht nicht, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht danach sind. Es ist schlicht armselig, gebetsmühlenartig den Schutz des ungeborenen Lebens herunterzuleiern, es brauchen die geborenen Kinder und auch ihre Mütter Fürsorge und Unterstützung.

Was nun die – heutzutage strikt vorausgesetzte – gänzlich undemokratische Herangehensweise der DDR betrifft, die Böhmer bedient – da brauchten die Frauen gar nicht erst um ihr Recht zu demonstrieren. Sie bekamen es, als die Zeit dazu reif war. Schon am 9. März 1972 hatte die Volkskammer der DDR (keine Verlautbarung des Politbüros der SED, Herr Böhmer!) das Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung beschlossen – ganz demokratisch, wie der Mann von der WELT bestätigt, gegen 14 CDU-Ab-

geordnete. Damit war jede Frau, war jede Familie frei, selbst zu bestimmen, wann Kinder und wie viele geboren werden sollten. Sogar der WELT-Interviewer meinte, das wäre im Westen nicht denkbar gewesen. Und wie reagiert Wolfgang Böhmer? Allein schon die Formulierung zeige, „dass die Abtreibung in der DDR zu einem Instrument der Familienplanung gemacht worden ist“. Die Familien oder die Frauen bestimmten frei, Herr Böhmer! O heilige Diktatur! Daraus einen Vorwurf zu machen! In diese schwindligen intellektuellen Höhen möge folgen, wem die Luft zum logischen Denken zu dünn ist.

Passende Sozialpolitik zum Gesetz

Was nun das 1972er Gesetz der DDR betrifft, so trat es nicht zuletzt auch deshalb so relativ spät in Kraft, weil erst jetzt z. B. die hormonale Kontrazeption, also die

wieder in ein deutliches Plus um. Neue flankierende sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung von Müttern, Kindern und Familien, langfristige bezahlte Freistellungen von der Arbeit, solide finanzielle Zuschüsse für jede Geburt, der Ausbau der Kindertagesstätten, das Wohnungsbauprogramm, Ehekredite, dies und viel mehr unterstützten den Kinderwunsch junger Leute. Das war nicht zum Nulltarif und schon gar nicht mit der heute üblichen Sparpolitik auf Kosten der Bedürftigen zu haben. Die DDR steigerte beispielsweise allein die Aufwendungen für Schwangerschaft und Geburt, die zwischen 1971 bis 1975 2,3 Milliarden Mark betrug auf 5,3 Milliarden Mark zwischen 1976 und 1980. Vielleicht hat der Frauenarzt Böhmer die eine oder andere Frau erlebt, die ihm den bevorstehenden unbeschwerten Urlaub als Interruptiongrund nannte. Reife sozialistische Mütterpersönlichkeiten fielen auch in der DDR nicht vom Himmel. Und man-

ohne sie stattfanden, ist kein Grund, sie zu leugnen. Ihr Berufskollege jedenfalls war mittendrin im prallen Leben und arbeitete daran mit, Kinderwunsch und das Reproduktionsverhalten, um es wissenschaftlich zu sagen, zu analysieren und entsprechende soziale Bedingungen dafür zu schaffen. So schreibt er ausführlich über eine repräsentative Befragung von über 2700 Wöchnerinnen in elf Frauenkliniken. Auch so gewann man in der DDR einen näheren Einblick in die Problematik aus der Sicht der Frauen und der Familien. Da ging es um sexuelle Bedürfnisse, die Glück und Lebensfreude empfinden lassen ebenso wie um den befreienden Lustgewinn, eine Schwangerschaft nicht mehr dem biotischen Zufall überlassen zu müssen. Die Befragungen zeigten auch, Kinderwunsch war elementar in der DDR. Die befragten Wöchnerinnen liebten Kinder und hatten Wunschkinder geboren, sie bekräftigten aber auch, dass Kindererziehung die Partnerschaftsbeziehungen vertieft, weil zu einer Ehe Kinder gehören und eine Aufgabe für viele Jahre bedeuten. Mit Kindern, so wussten oder hofften sie, könne man sich selbst entwickeln, zudem seien sie für den Fortbestand der Gesellschaft wichtig. Nichtzuletzt war der Kinderwunsch auch davon geprägt, im Alter nicht alleine zu sein, mit den Enkeln wieder Jugend zu spüren und Verantwortung zu tragen. Kerngesunde Auffassungen.

Die Befragung weist aber auch auf andere Komponenten hin, beispielsweise auf eine, die am Ende, bei allem gesellschaftlichem Engagement, doch eine reine Familienangelegenheit ist, nämlich die Arbeitsteilung bei der Hausarbeit und bei der Erziehung der Kinder. Da war noch lange nicht alles eitel Sonnenschein in der DDR. Zudem stellte sich heraus, dass teilzeitarbeitende Mütter nur scheinbar entlastet wurden, weil sie nun die Arbeit aller anderen Familienmitglieder aufgebürdet bekamen. Mutter ist ja halbe Hausfrau. Solche Erkenntnisse muss man erst einmal sammeln, um Schlussfolgerungen abzuleiten, neue gesellschaftliche Orientierungen auf den Weg zu bringen. Denn eines steht fest, die „erhöhte Erwerbsneigung“ der Ostfrauen, die Biedenkopf so ärgerte, war für die meisten Frauen wichtige Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung, das war Freiheit, nicht zuletzt finanziell, das brachte Anerkennung, auch der Kinder. Und die konnten geboren werden im dafür günstigen Alter der Frauen zwischen 20 und 25 Jahren – trotz Studium, trotz Lehre, trotz Berufseinstieg, trotz finanzieller Belastungen, die beim Gründen einer Familie, beim Einrichten einer Wohnung bestehen.

Einen wirklich drastischen Geburtenknick, eine regelrechte Gebärverweigerung gab es nach der Einverleibung der DDR in den Westen, nach der großflächigen Plattmache der lebenswichtigen Arbeitsplätze. Womöglich auch, weil die Einführung des § 218 wieder drohte. Das zeigt mit aller Brutalität, Herr Böhmer, Frauen treiben nie und nimmer hemmungslos ab. Gewiss, manchmal haben sie einfach Ich-bezogene Wünsche, auch das ist legitim. Vor allem aber haben sie ein Gewissen, und sie wissen um die Verantwortung für das Leben ihrer Kinder. Und wenn sie die nicht tragen wollen oder können und wenn ihnen die Gesellschaft nicht hilft, das geborene Leben menschenwürdig heranwachsen zu lassen, dann ist es gewissenlos, dann ist es billig, ihnen etwas von schützenswertem ungeborenem Leben vorzufaseln – oder sie gar als potentielle Kindsmörderinnen abzustempeln.

• MAXI WARTELSTEINER

Richard Schröder, der Theologe aus dem Osten, steht hinter Böhmer

– und gibt im Spiegel (10'08) noch eins drauf



Wissenschaftler Schröder
„Die Bürger sollen verfügbar sein“

Pille, verhältnismäßig sicher und breit verordnet werden konnte – abgegeben wurde sie, dies nur zur Erinnerung, kostenfrei auf Rezept. Das heißt, der legalisierte Schwangerschaftsabbruch als absolut nicht zu unterschätzenden Eingriff auch in die Psyche der Frau war nur das allerletzte Mittel, eine ungewollte Schwangerschaft noch zu verhüten. Ziel der Politik, aller gesellschaftlichen Anstrengungen war es, Kinderwunsch zu fördern.

Noch einmal zurück zu Böhmer und seiner Antwort auf eine weitere WELT-Frage: „Mit welcher Haltung kamen zur DDR-Zeit schwangere Frauen zu Ihnen in die Klinik? Wie dachten sie über das ungeborene Leben?“ Der seinerzeitige Gynäkologe Böhmer antwortet: „Solche Fragen haben wir nicht mehr gestellt. Denn solche Gespräche hätten eine Zeit beansprucht, die angesichts der Zahl der Frauen, die zur Schwangerschaftsunterbrechung kamen, einfach nicht zur Verfügung stand. Nach der Gesetzesänderung von 1972 steigerte sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nahezu über Nacht um ein Vielfaches.“

Wieder der Reihe nach. Neben Verhütungsmitteln und der konsequenten Abschaffung des §218 wirkten sich nunmehr gewiss auch ein steigender Lebensstandard und eine damit verbundene neue Bedürfnishierarchie auf eine fallende Geburtenquote aus. Fachleute sprechen vom Legalisierungseffekt – dank dessen sich allerdings die kriminellen Abtreibungen und damit auch die abortbedingte Müttersterblichkeit entscheidend verringerten (während sie in der BRD zunahm). Der sogenannte Geburtenknick, den es 1972 und auch noch 1973 gab, schlug 1975 schon

Zur Frage nach dem Staat

Schröder: Weil er Menschen als Material und Abtreibung als ein Instrument betrachtet hat. Als ein Mittel für die höhere Verfügbarkeit von Arbeitskräften – oder auch von Spitzensportlerinnen. Man wollte Arbeits- oder Leistungsausfall vermeiden. Und so wurde Schwangeren bei Bedarf gesagt: „Sie müssen doch an die gesellschaftlichen Interessen denken. Stellen Sie nicht Ihre privaten Interessen an einem Kind in den Vordergrund.“

SPiegel: Lässt sich daraus wirklich eine kollektive DDR-Mentalität ableiten?

Schröder: Der Staat hat die Abtreibung als Instrument vorgegeben. Privat haben vie-

cher andere Arzt hatte gewiss auch schlimme Erlebnisse. Dennoch, solche Beispiele für die Haltung der DDR-Frauen anzuführen, die hemmungslos „abgetrieben“ hätten, ist nicht schlechthin oberflächlich, es ist verleumderisch.

Konsequente Wunschkind-Politik

MR Dr. Dr. Gert Hennig, der unter anderem an der Leipziger Karl-Marx-Universität die Arbeitsgruppe „Soziale Gynäkologie“ und eine Dispensairesprechstunde für Patientinnen mit Interruptionwunsch leitete, schrieb 1984 in seinem Buch „Kinderwunsch = Wunschkind? – Weltanschaulich-ethische Aspekte der Geburtenregelung in der DDR“ (Dietz Verlag Berlin) Erfahrungen aus dieser Zeit auf (statistische Angaben in diesem Beitrag stammen aus diesem Buch): „In der Sprechstunde und in wissenschaftlichen Diskussionen werde ich in diesem Zusammenhang unter anderem mit folgenden Fragen konfrontiert: Warum orientiert unsere Gesellschaft auf die Zwei- bis Dreikinderfamilie? Stimmt diese mit den Interessen der Familie überein? Gibt es dabei Interessenwidersprüche zwischen Familie und der Gesellschaft? Welche Motive liegen dem Kinderwunsch zugrunde? Warum schaffen sich einige Paare nur ein Kind oder keine Kinder an? Welche sozialen Bedingungen fördern oder hemmen den Kinderwunsch? Wie unterstützen sozialpolitische Maßnahmen Kinderwünsche in den Familien? Welche Maßnahmen sind am wirksamsten?“

Wirklich, Herr Böhmer, Sie haben sich da wohl sehr von den gesellschaftlichen Diskussionen im Land abgekapselt. Dass die

Ein ganz eigener Osterdreiklang

Über Unwissenheit, Nachdenklichkeit und vollendete Schauspielkunst

Bachs Matthäus-Passion, Wagners „Parsifal“ und Goethes „Faust“ - sie bildeten in dieses Jahr in Leipzig den Kern der zahlreichen Veranstaltungen in den Ostertagen, zu denen auch die Geburtstagsfeier Bachs gehörte. Das inzwischen weithin anzutreffende Unwissen um das Osterfest veranlasst Nachdenken. Zu Bachs Zeit war das Osterfest noch etwas Selbstverständliches, seine Matthäus-Passion jedoch schon etwas Ungewöhnliches. In Goethes „Faust“ findet sich im Osterspaziergang eine eigene Sicht. Der seit dem Kennenlernen der Philosophie Ludwig Feuerbachs Ende der 1840er Jahre eine atheistische Weltsicht vertretende Richard Wagner hegte wiederum eigene Gedanken. Dabei ging es ihm wie Goethe darum, denn tieferen Sinn solcher Feiertage zu erfassen und unter damaligen Gegebenheiten zu erläutern.

Von **WERNER WOLF**

So legte er in seiner Abhandlung „Religion und Kunst“ 1880 während der Arbeit am „Parsifal“ seine Sicht dar, über die es heute noch nachzudenken lohnt. Im Jahr vorher, hatte er seiner Frau Cosima auf die Frage, ob er an Gott glaube, geantwortet: „An Gott glaube ich nicht, aber an das Göttliche, welches sich im sündenlosen Jesus offenbart.“ Er verstand Göttliches als Vollkommens, Vorbildhaftes. Davon ging er auch in der genannten Abhandlung aus, die folgendermaßen beginnt: „Man könnte sagen, daß da, wo die Religion künstlich wird, der Kunst es vorbehalten sei, den Kern der Religion zu retten, indem sie die mythischen Symbole, welche die erstere im eigentlichen Sinne als wahr geglaubt wissen will, ihrem sinnbildlichen Werte nach erfährt, um durch ideale Darstellung derselben

die in ihnen verborgene tiefe Wahrheit erkennen zu lassen. Während dem Priester alles daran liegt, die religiösen Allegorien für tatsächliche Wahrheiten angesehen zu wissen, kommt es dagegen den Künstler hierauf ganz und gar nicht an, da er offen und frei sein Werk als seine Erfindung ausgibt.“

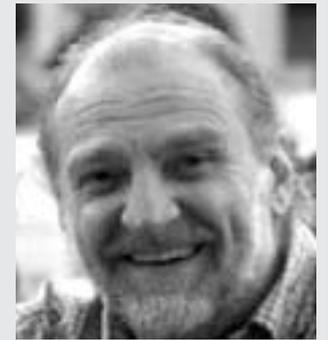
Diese Gedanken sind zweifellos geeignet, Atheisten ein vertieftes Verständnis für Kunstwerke wie die drei eingangs genannten zu erschließen. So ist die Bachsche Matthäus-Passion als eine ergreifende, erschütternde Menschheitstragödie zu verstehen. Ein um Wahrheit und Menschlichkeit ringender Idealist wird mit lügenhaften Anklagen zum Tode verurteilt, eine irre geführte Menge, wird aufgepeitscht, damit sie eine mögliche Begnadigung verhindert.

Johann Sebastian Bach hat in seiner Vertonung des biblischen Textes von Matthäus den Kern dieser Botschaft in genialer, einzigartiger Weise musikalisch gestaltet. Und wie Thomaskantor Georg Christoph Biller mit seinem Chor und dem Gewandhausorchester dies am Gründonnerstag kongenial nachgestaltet, wurde dieses Jahr wiederum zum tief bewegenden Ereignis. Die Chorszenen der verschiedenen Akteure und Volksgruppen wirkten so lebendig, als würde das Geschilderte unmittelbar geschehen. Das ist auch von Martin Petzold als die Vorgänge miterlebendem Evangelisten, Stephan Genz als überlegenem Christus und weiteren Solisten zu sagen. Der Eingangs- und der Schlusschor, die Choräle führten wie die betrachtenden Arien ebenso zu unmittelbarer Anteilnahme der Zuhörer. Für alles zeigt sich das stilvoll und denkbar beweglich musizierende Gewandhausorchester als großartiger Partner.

Während am Karfreitag in der Thomaskirche nochmals die Matthäus-Passion erklang, war gleichzeitig in der Oper

Wagners „Parsifal“ zu erleben. Als Gralkönig Amfortas lässt Jukka Rasilainen mit seinem beschwörenden Gesang zwingend erleben, von welchen furchtbaren Qualen der von Klingsor geschlagene Gralkönig Amfortas – Symbol für die unendlichen Leiden vieler Menschen – gepeinigt wird. Stefan Vinke führte Parsifals Entwicklung vom naiven Toren zum durch Mitleid wissend gewordenen Erlöser und Nachfolger Amfortas' eindringlicher im Gesang als in der Darstellung aus. Päivi Nisula überzeugte als Kundry mehr in der Rolle als Büberin denn als Verführerin. James Moellenhoff beeindruckte in der umfangreichen Partie des Gurnemanz mit stimmlicher Kraft und Ausdauer. Bei Jürgen Kurth als Klingsor überzeugte mehr das Gestische. Axel Kober führte das Gewandhausorchester zu vielen lyrischen klanglichen Höhepunkten, aber auch zu energischen dramatischen Steigerungen, ohne allerdings eine durchgehende Spannung zu erreichen.

Im Schauspielhaus gab es zwar keine komplette „Faust“-Aufführung. Doch mit seiner vollendeten Kunst des Vortrags versetzte Friedhelm Eberle – allein auf der Vorderbühne stehend oder sitzend – die in großer Zahl gekommenen Besucher (die ursprünglich für diesen Ostermontag-Abend vorgesehene Szene reicht nicht aus) in die Atmosphäre eines großartigen Theaterabends. Da schuf bereits der Dialog Mephistos mit dem Herrn knisternde Spannung. Natürlich faszinierte Eberle mit dem Monolog Fausts. Und er beschwor im Dialog auch Mephisto wieder herbei. Nach Tonbandeinblendungen erschien zu guter Letzt Faust-Eberles Gretchen Claudia Wenzel aus der Inszenierung Karl Kaysers in den 1980er Jahre als charmanter Überraschungsgast.



Peter Konwitschny wird Chefregisseur der Oper Leipzig

Wir geben es ja gerne zu, dieses Foto entstammt unserem Archiv und wurde nicht nach der Berufung an die Pleiße aufgenommen. „Berühmte Künstler brauchen Nestwärme“, war jetzt im Feuilleton zu lesen. Und, um im Bild zu bleiben, sind sie wirklich die Vögel, die hektisch im Flugzeug durch die Opernwelt düsen, um hier und da zu inszenieren, ab und auch mal einen handfesten Skandal? Dafür hat ja die Elbestadt Dresden Konwitschny schon mal heftig das Gefieder zerzaust. Der – ich gestehe es – mir durchaus sympathische Opernheld wird – so hoffe ich es – der Oper Leipzig gut tun. Er hat gerade in dieser Stadt nicht nur einen Ruf, sondern auch ein bisschen die Familien-ehre hochzuhalten.

Sein Vertrag wird wohl für mindestens sechs Jahre datiert sein, damit ist man in die sechzig hierzulande bestens bedient. Ich vermute andererseits, dass P. K. nicht so arm dran ist, dass er deshalb den Vertrag unterschrieben hat. Jetzt scheint am Augustusplatz ein gordischer Knoten durchschlagen zu sein. Und der vorübergehende Intendant Alexander von Maravic, bisher Verwaltungsdirektor, wird Intendant. Und (fast) alle freuen sich. Wir werden es sehen und auch hören ... im klangvollsten Sinne des Wortes. Und wir werden auch auf das künftige Lächeln und etwaige Zornesfalten der Chefs achten.

• M. Z.

Aller Anfang ist schwer.

Sprichwort; auch Goethes Theaterrede, Prolog

Aller Anfang ist leicht.

Goethe, Wilh. Meisters Wanderjahre 4. Kapitel

Das sich eine schöne Schauspielerin im reifen Alter ungeschminkt vor der Film-Kamera zeigt, ist im deutschen Feuilleton offenbar erwähnenswert. Der gegebene Anlass: Eine Romanverfilmung der polnischen Schriftstellerin Maria Nurowska. Von ihr erschienen in Deutschland schon fünf Bücher, u. a. 1997 „Jenseits ist der Tod“. Ihr neuestes „Der russische Geliebte“ wurde jetzt vom ZDF verfilmt und als montäglicher „Fernsehfilm der Woche“ ausgestrahlt.

Darin fährt die Literaturdozentin Ju-lia (Iris Berben-ungeschminkt!) mit den Attributen der 50jährigen Intellektuellen – kopflastig, sperrig, verblüht – nach Paris, um ein Semester Arbeiterliteratur an der Sorbonne zu unterrichten. Sie trifft auf Alexander (Ronald Zehrfeld), wenigstens 20 Jahre jünger, Historiker und Typ russischer Charme. Es kommt, wie es kommen kann. Julia, die mit der (körperlichen) Liebe längst abgeschlossen zu haben glaubte, und Alexander, der „in ihr

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

alles findet, was er sich von einer Frau jemals erträumte“, verlieben sich. Dieser Fernsehfilm ist ganz auf die Hauptdarstellerin zugeschnitten. Und

Ungeschminkt

von Michael Zock

irgendwie spielt die Berben dabei ein Stück weit sich selbst, ist sie doch auch im wahren Leben liiert mit dem zehn Jahre jüngeren Stuntman Heiko Kiesow. Im „russischen Geliebten“ führte ein anderer Berben-Intimus, Ulrich Stark, Regie, der mit ihr schon den ZDF-Liebesfilm „Simones Entscheidung“ und vor

allem die alten „Sketch-Up“ Folgen gedreht hat. Das fast ungeschminkte Spielen vor der Kamera sei für Iris Berben kein Problem gewesen: „Ich habe mich angefreundet mit

einem Gesicht, das gewachsen ist, das ich nicht verstecken muss“, sagte sie in einem der vielen Vorab-Interviews. Wegen der Namens- und Themengleichheit fällt mir bei dieser so altersungleichen Liebesgeschichte der sehr unterhaltensame Roman von Somerset Maugham „Julia, Du bist zauberhaft“ ein, der wurde bekanntlich dreimal verfilmt. Das ist aber auch der einzig mögliche Vergleich. Denn nach der ersten Hälfte des „Russischen Geliebten“ wirken die Dialoge wie aus einem Abreißkalender zusammengesetzt. Ein Satz beginnt, und man ahnt das Klischee: Stalin, Verfolgung, Wodka, Zar. Gerade noch rechtzeitig für's Zappen auf arte. Auch eine Liebesgeschichte, in anderer Zeit (1909), mit anderer Unversität (Cambridge): „Maurice“ hieß der ohne Zweifel bessere Montagsfilm.

Wer traut sich?

(LN) Jetzt, wo die Sommerzeit begonnen hat, ist es auch an der Zeit, an den Leipziger Hörspielsommer zu denken. Seit einigen Jahren durch einen Verein mit wenigen Fördermitteln zu Gehör gebracht, allerdings mit einem Echo, das weit über den Veranstaltungsort – das Ufer an der Leipziger Elster – hinausgeht. Neben dem internationalen Hörspielnachwuchswettbewerb veranstaltet der Verein einen weiteren Hörspielwettbewerb im Rahmen des Festivals (11.7.- 20.7.2008). Dieser ist themenfrei und richtet sich ebenfalls an Hörspielmacher, die bisher nicht in Zusammenarbeit mit Sendern oder Verlagen produzieren und deren Arbeit noch nicht veröffentlicht worden ist. Eine Altersbegrenzung gibt es nicht. Noch bis zum 15. April können Produktionen eingesendet werden. Genauere Informationen unter www.hoerspielsommer.de

Werkzeugmaschinen aus Leipzig

Anfang des Jahres erschien mit *MIKROSA – Werkzeugmaschinenbau in Leipzig* der dritte Titel der Schriftenreihe zur Industriegeschichte der Stadt von 1945 bis 1990 (wobei wiederum auch die Vorgeschichte im Blick ist). Nach den Beiträgen über TAKRAF und den Ingenieur Johannes Bohmann haben auch hier die Auswertung von Archivmaterialien und eine Reihe Zeitzeugenberichte eine inhaltsreiche Dokumentation erbracht, die Herausgeber und Autoren als Beitrag zu einer Gesamtgeschichte des Betriebes verstanden wissen wollen. Sie meinen, dass eine entscheidende Etappe der Industrieentwicklung noch nicht die gebührende Beachtung gefunden hat. Erklärtes Ziel der Publikation ist, die großen Traditionen des Leipziger Maschinenbaus zu würdigen und zu ihrer Fortführung beizutragen. Dabei wollen die Autoren nicht in erster Linie die 1990 eingetretenen Verluste beklagen, sondern Mut für die Zukunft machen. *MIKROSA Leipzig* gehört seit 1993 dem Unternehmensverbund der Hamburger Körber AG an. Der umfangreiche einleitende Beitrag des Herausgebers geht sowohl thematisch als auch zeitlich weit über den mit Buchtitel und Schriftenreihentitel gesteckten Rahmen hinaus. Er ordnet die Entwicklung von *MIKROSA* in die Geschichte der sächsischen und Leipziger Industrie ein, speziell in die Geschichte des Maschinenbaus und des Werkzeugmaschinenbaus seit dem 19. Jahrhundert. Im folgenden wird die Geschichte von sieben namhaften Leipziger Maschinenbaubetrieben

skizziert und werden ihre Gründer vorgestellt. Ein gesonderter Abschnitt ist der Mitwirkung der Maschinenbaubetriebe an der Rüstungsproduktion in der Zeit des Faschismus gewidmet. Die Entwicklung von *MIKROSA* nach dem Zweiten Weltkrieg, der Platz des Betriebes im Industriezweig und sein Produktionsprofil werden eingehend dargestellt. Im weiteren kommen mehrere ehemalige leitende Mitarbeiter, Ingenieure und Arbeiter von *MIKROSA* mit ihren Berichten und Erinnerungen zu Wort. Hubert Schnabel, dessen Tätigkeit als Ingenieur und Technologe bei *MIKROSA* sowie als Parteifunktionär eng mit dem Leipziger Maschinenbau verbunden war, zieht eine politische Bilanz seines Lebens. Der Anhang enthält detaillierte statistische Daten zur Produktion des Betriebes, zur Qualifikationsstruktur, zu Arbeitsproduktivität und Grundfondsausstattung, zum Export und zur Teilnahme an Messen und Ausstellungen in aller Welt. Kritisch muss der Rezensent anmerken, dass die Publikation die ordnende und korrigierende Hand eines Lektors vermissen lässt und dass hinsichtlich der methodischen und sprachlichen Gestaltung Wünsche offen bleiben.

• GÜNTER LIPPOLD

Hubert Schnabel (Hrsg.): *MIKROSA. Werkzeugmaschinenbau in Leipzig. Vokal-Verlag Leipzig 2008. 263 Seiten, 12 Abb. 14,80 Euro (MENSCH UND WERK, Schriftenreihe zur Entwicklung der Industrie in der Stadt Leipzig 1945 bis 1990, III)*

Kittners Leipziger Medienerlebnis

„Nach einer Vorstellung im Leipziger Schauspielhaus war ein Journalist bei mir in der Garderobe erschienen, um ein paar Fragen zu stellen. Er beabsichtigte nämlich, für das Lokalblatt, dessen fester freier Mitarbeiter er sei, eine Rezension zu verfassen. Meine am Rande geäußerte Verblüffung, daß das Programm des Schauspielhauses, und damit auch mein Gastspiel, am fraglichen Tag im Kulturveranstaltungs-kalender der Zeitung überraschend gefehlt habe, hatte er mit dem Hinweis auf eine ‚dumme Panne‘ beruhigt.“

Tags darauf rief er mich per Handy an. Entgeistert. Er habe eben seine Besprechung in der Redaktion abliefern wollen; da habe man abgelehnt mit der Begründung, der Artikel sei unaktuell. ‚der Kittner‘ mache ‚schon lange nichts mehr‘. Den berechtigten Einwand, er, der Kritiker, habe mich doch noch gestern quicklebendig vor ausverkauftem Haus auf der Bühne gesehen, habe man nicht gelten lassen. Die Rezension wurde nicht gedruckt, wie ja auch schon der Veranstaltungstermin nicht.

Kafka, gibt's den?“

Dieses Leipziger Medienerlebnis und noch ein Dutzend weiterer ähnlicher Erlebnisse schildert Dietrich Kittner in dem neuen Sonderdruck der Zeitschrift „Ossietzky“ *Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien*. Weitere Autoren des Heftes sind u.a. Eckart Spoo (Die Medien demokratisieren!), Arno Klönne (Alles aus Gütersloher Hand), Otto Köhler (Unser Gleitmedium: Der Spiegel), Michael Backmund (Desinformation in Heiligendamm), Peter Kleiwert (Alternative im Internet) und Daniela Dahn (Fernsehfreiheit – freie Wahl über die Tasten). Das 36-seitige Heft kann in der Redaktion von Leipzig's Neue zum Preis von 2,50 Euro erworben oder direkt beim Verlag bestellt werden: ossietzky@interdruck.net bzw. Fax 0511-21 55 126.

Ein Reporter der Wahrheit

Jetzt bin ich achtzig und schreibe immer noch. Vor 65 Jahren hat mein Vater mich gewarnt: „Journalisten kann man für alles kaufen“. Bin ich für alles gekauft worden? Ich glaube, ich könnte ihm in die Augen sehen: Nein. Glaubst Du, sonst würde mir das Schreiben heute immer noch Lebensfreude machen? Aber ...

Was für ein aber?

Aber verdammt schwer war's. Außerdem hab ich immer wieder Glück gehabt.

Wie schwer es war als linker Journalist in einem kapitalistischen Pressesystem seiner Berufung nachzugehen und wieso er dabei immer wieder Glück gehabt hat, das hat Günther Schwarberg auf 400 Druckseiten zu Papier gebracht. Diese *Erinnerungen aus einem Reporterleben* sind weit mehr als die derzeit en masse in den Buchhandlungen liegenden, oft großspurig Memoiren genannten Rückschau von mehr oder weniger bekannten Personen. Sie sind zugleich ein eindrucksvoller Blick auf die dunklen Seiten der bundesrepublikanischen Geschichte, die der Autor von Anfang an als Journalist hautnah miterlebte.

Günther Schwarbergs journalistischer Weg begann unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg als Volontär bei der Bremer Tageszeitung *Weser Kurier* und endete bei dem illustrierten-Magazin *stern*. Dabei hat er seinen Beruf nie als unparteiischer Beobachter verstanden, sondern immer als bewusster Mitgestalter „dass es nie wieder Krieg gibt, dass Journalisten die Macht haben, ihn zu verhindern“, wie er auf die Frage seines ersten Chefredakteurs nach seinen Vorstellungen vom Journalistenberuf antwortete.

So werden die deutschen Kriegsverbrechen und ihre (Nicht-)Verfolgung durch die BRD-Justiz, die Remilitarisierung Westdeutschlands, juristische Willkür und ihre Folgen und nicht zuletzt die in der Bundesrepublik vielfach ungesühnten Verbrechen der Naziherrschaft zu seinen vorrangigen Themen. Ein-



drucksvoll und pointiert schildert Günther Schwarberg, was er bei der Arbeit an diesen Themen erlebte, einschließlich der innerredaktionellen Auseinandersetzungen, um sie ins „Blatt“ und damit an die Öffentlichkeit zu bringen. Bei weitem nicht alles was er in seiner Reporterlaufbahn erlebte und schrieb, wurde auch gedruckt. So werden die Erinnerungen Günther Schwarbergs zugleich zu einem aufklärenden Blick in die Praxis des bürgerlichen Journalismus.

Und würdest du heute einem jungen Menschen raten, Journalist zu werden? setzt Günther Schwarberg sein Resümee fort. Ich denke nein, und ich denke ja. Nein denke ich, weil Journalisten heute bis zur Vernichtung ihrer Menschenwürde gedruckt werden. ... Journalist solltest du nur werden, wenn du mutig bist. Sonst verpfuschst du dein Leben als verachtete Kreatur. Wer nicht kämpft, hat schon verloren und wird sich am Ende seines Lebens verfluchen, Journalist geworden zu sein. Günther Schwarberg muss seine Entscheidung, Journalist geworden zu sein, nicht verfluchen.

• EDMUND SCHULZ

Günther Schwarberg: *Das vergess ich nie. Erinnerungen aus einem Reporterleben. Steidl Verlag, Göttingen 2007. 408 S., Leinen, 19,90 Euro*

Nach dem „Bestandsverzeichnis des literarischen Nachlasses“ von Bertolt Brecht, das den Zugang zu seiner Hinterlassenschaft schon seit Jahren erleichtert hat, liegt nun mit dem Band „Die Bibliothek Bertolt Brechts“ ein weiteres Inventarium vor, das als ein „kommentiertes Verzeichnis“ Einblick in die Bücherwelt gibt, die im Verlaufe der Jahrzehnte um Brecht herum entstanden war: angeschaffte oder geschenkte Bücher also, von denen einige eine größere Rolle, andere eine geringere für seine Arbeit gespielt haben. Es sind 4218 Titel, die Erdmut Wiszla und seine zwei Mitarbeiterinnen aufgeschlossen und katalogartig nach Sachgebieten geordnet haben. Diese beginnen mit „Lexika“ und „Wörterbücher“, denen das große Segment „Deutschsprachige Literatur (Nr. 204-1000) und das ihm vergleichbare mit der Überschrift „Literatur anderer Sprachen“ (Nr. 1001-1741) folgt. Daran schließen sich zwei kleinere Spar-

Brechts Bibliothek gut sortiert

ten, die die „Sprachwissenschaft“ und die „Literaturwissenschaft“ dokumentieren. „Kunst/Kultur“ bilden wiederum einen größeren Block, dem von Abschnitt 8 „Antike/Altertum“ bis 19 „Naturwissenschaften/Technik“ das weitgefächerte Feld wissenschaftlicher Disziplinen von „Marxismus/Leninismus“, „Geschichte/Politik“ usw. folgt.

Den Schluss des Bandes bilden die Abschnitte „Kriminalliteratur“ – Brechts bevorzugte Belletristik – bis zum „Supplement Zürich“ sowie die für diesen Band unentbehrlichen Register.

Vergegenwärtigt man sich, dass es sich hier um die Bibliothek eines Schriftstellers handelt, der nach 1933 öfter die Länder als die Schuhe wechselnd den Großteil dieses Buchbestandes zusammenhalten konnte (Verluste eingeschlossen), kann dem Herausgeber kaum wider-

sprochen werden, dass sich aus diesem Bibliotheksverzeichnis Einblick in Brechts „geistige Physiognomie“ gewinnen lässt: seine „Prägungen, Interessen und Vorlieben“, seine „Quellen, Arbeits- und Hilfsmittel“. Nichtzuletzt sind es einige Widmungen von Kollegen Brechts, eigene Anstreichungen in einigen Büchern, die durch Kommentare und einen Fototeil ergänzt, die diesem Buch zu einer ansehnlichen Statur verhelfen. Von den Leipziger Gelehrten haben es nur Ernst Bloch mit vier Titeln in diese Bibliothek geschafft, Wieland Herzfelde ist nur mit zwei Lehrbriefen für das Fernstudium der Weltliteratur vertreten, Hans Mayer mit Vor- bzw. Nachworten zu Werkausgaben anderer Schriftsteller. Hedwig Voegt ist mit dem Buch „Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789-1800“ vertreten. Aus Leipzig stammt auch die Publi-

kation „Der Feuerkugel Goethe. Zum Andenken an den 200. Geburtstag am 28. August 1949“, herausgegeben von der Stadt Leipzig.

Im Kommentar dazu wird vermerkt: Begleitbrief des Rates der Stadt an Bertolt Brecht. 15. Januar 1950: „Herr Bertolt Brecht anlässlich seines Aufenthaltes in Leipzig zur Uraufführung des Dramas *Die Mutter* vom Rat der Stadt überreicht ...“ Die Widmung enthält zwei Fehler, es war keine Uraufführung, sondern nur eine Erstausführung und Brechts Vorname wurde – wie meist zu dieser Zeit – auf sächsische Weise „erweicht“.

Inzwischen hat der Suhrkamp Verlag die nächste Serie mit Texten von Brecht angekündigt: seine Notizbücher.

Mithin also: Brecht und keine Ende.

• KLAUS SCHUHMAK

Erdmut Wiszla u. a. (Hrsg.): *Die Bibliothek Bertolt Brechts. Ein kommentiertes Verzeichnis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2007. 593S., 51 Euro*

KALENDERBLATT**Martin Luther King
Vor 40 Jahren ermordet**

Der US-amerikanische Bürgerrechtler und Baptistenprediger Martin Luther King erblickte am 15. Januar 1929 in Atlanta/Georgia das Licht der Welt. Die Mutter war Lehrerin, der Vater Prediger in einer Baptistengemeinde. Er besuchte theologische Seminare und gewann ein Stipendium für ein Studium, das er an der Universität Boston mit der Promotion zum Dr. phil. abschloss. 1954 erwarb er, schon wirkend in seiner künftigen Gemeinde in Montgomery, den Titel eines Doktors der Theologie.

Von Bedeutung war für ihn das Studium marxistischer Schriften. Insbesondere widmete er seine Aufmerksamkeit dem „Kapital“ und dem „Kommunistischen Manifest“. Ebenso las er Sekundärschriften über Marx. Beim Lesen dieser kommunistischen Schriften überzeugte mich manches, was ich noch bis heute für richtig halte“, bekannte er. Dazu gehörte seine Ansicht: „Der Kapitalismus verleitet die Menschen leicht dazu, statt Lebensinhalt nur Lebensunterhalt zu suchen.“

Neben den Schriften von Marx galt sein Interesse denen von Kant, Schleiermacher, Gandhi u.a.m. Dadurch erweiterte sich seine Erkenntnis, „dass die Neger das Opfer dreier Übel waren: des Parteigeistes unter ihren Führern, der Gleichgültigkeit der Gebildeten und der Passivität der Ungebildeten“.

Martin Luther King und seine Freunde wurden immer wieder konfrontiert mit der sozialen und rassistischen Reaktion in den USA. Der Ku-Klux-Klan, ein 1866 gegründeter terroristischer Geheimbund, verfolgte sie mit Bombenattentaten und anderen Repressivmaßnahmen. Um den Verfolgungen zu entgehen, wurde 1956/57 die „Christliche Führerschaft des Südens“ (Christian Leadership Conference) ins Leben gerufen, deren Präsident Martin Luther King wurde. Ihr Ziel war es, dass Selbstbewusstsein der afroamerikanischen Bevölkerung zu stärken und zu erreichen, ihre Stellung in der Gesellschaft durch Übernahme von Verantwortung zu fördern. Dem dienten auch der Marsch auf Washington und antirassistische Aktionen in zahlreichen Städten der USA. Ebenso war er ein entschiedener Gegner des von den Vietnam-Kriegen.

Am 9. Dezember 1964 wurde Martin Luther King mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Die US-amerikanische Zeitschrift *Time* erklärte ihn zum „Mann des Jahres“.

Am 4. April 1968 wurde der engagierte Führer der Bewegung für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in den USA von der Kugel eines gedungenen Mörders in Memphis/Tennessee getötet.

• **HERMANN GERATHEWOHL**

Die Bewertung der Lage und der Rolle der Kirchen in der DDR ist oftmals eine strittige Frage. Unterschiedliche Meinungen ergeben sich aus der Beurteilung des nicht selten mit Konflikten behafteten Verhältnisses von Staat und Kirche, aber auch daraus, dass die Auffassungen der Kirchenvertreter zum Platz und zur Rolle der Kirchen im sozialistischen Staat nicht homogen waren.

Die Kirchen waren nicht nur Glaubensgemeinschaften, sondern als solche auch spezifische gesellschaftliche Organisationen, von denen die evangelische Kirche die mitgliederstärkste Organisation im Lande war. Sie gehörten logischerweise nicht zum politischen System der DDR, waren aber andererseits in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse eingebunden, die letztlich durch das herrschende politische System geprägt wurden. Das war mit Komplikationen verbunden, denn wenn auch verfassungsgemäß Staat und Kirche voneinander getrennt waren, existierten jedoch die Kirchen nicht neben, sondern innerhalb des Staates. Das heißt, das Verhältnis von Kirchen und Staat war letztlich immer ein politisches. Der 1971 von der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR verkündete Grundsatz „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern wir wollen Kirche im Sozialismus sein“ war eine Haltung, die einerseits die Trennung von Staat und Kirche respektierte, aber zugleich andererseits im Einklang von Bürger- und Christenpflichten dem Nächsten und dem Ganzen dienen wollte.

Für den Staat galt, dass er nicht als atheistisches Machtinstrument verstanden werden durfte, weil er von Menschen mit unterschiedlicher Weltanschauung getragen und gestaltet wurde. Wo dies jedoch geschah, widersprach das den in der Verfassung der DDR niedergelegten Grundsätzen der Gewissens- und Glaubensfreiheit und belastete damit in schwerer Weise das Verhältnis von Staat und Kirche. Zugleich galt es zu berücksichtigen, dass christliche Bürger vor allem (nicht nur) durch ihre Mitgliedschaft in der CDU als direkte Akteure in das politische System des sozialistischen Staates einbezogen waren. Die CDU, die eine sozialistische Partei religiöser Bürger aller Klassen und Schichten der Bevölkerung war, hatte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre rund 140 000 Mitglieder. Ob in der Volkskammer, im Staatsrat und in der Regierung, in den Bezirks- und Kreistagen, in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen und weiteres mehr, die CDU nahm mit eigenen Beiträgen Einfluss auf die Gestaltung und Verwirklichung der Staatspolitik der DDR. Da 1990 die CDU-Ost, samt ihrem nicht ge-

ringen Parteivermögen, nahezu automatisch in die CDU-West übernommen wurde, wird gern die tatsächliche Rolle der CDU in der DDR falsch dargestellt oder gar völlig ignoriert.

Die nachfolgenden Angaben zur Lage und zu wichtigen Tätigkeitsfeldern der Kirchen in der DDR im Zeitraum Mitte bis Ende der achtziger Jahre, die insbesondere Materialien der CDU-Ost entnommen wurden, sind zwar unvollständig, vermitteln aber ein ungefähres Bild von ihrem Tätigsein unter sozialistischen Verhältnissen.

In der DDR lebten 1989 nach inoffiziellen Angaben ungefähr 4,4 Millionen evangelische Christen und etwa 1,2 Millionen katholische Christen. Außer den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche gab es noch etwa 40

50 Ausbildungsstätten für Diakone zur Verfügung. Die katholische Kirche verfügte über 2 Priester-Seminare und 8 Stätten zur Ausbildung von Katecheten und Seelsorgehelfern

Die kirchliche Arbeit wurde, entsprechend dem Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche, zum größten Teil durch Kirchensteuern, Kollekten, Straßensammlungen und Spenden finanziert. Dazu kamen die Einnahmen aus dem kirchlichen Grundbesitz, der bei der evangelischen Kirche rund 200 000 ha Ackerfläche und 33 000 ha Wald und bei der katholischen Kirche 30 000 ha Ackerfläche und 5000 ha Wald betrug, weil der kirchliche Landbesitz weder durch die Bodenreform 1945/46 noch durch genossenschaftliche Zusammenschlü-

sche Unterricht für jeweils 1 500 Fachkrankenschwestern und -pflegern an den kirchlichen Krankenpflegeschulen gewährleistet. Nach dieser Regelung konnten die Schülerinnen und Schüler der kirchlichen Krankenpflegeschulen zugleich das Krankenpflege-Fernstudium der staatlichen medizinischen Fachhochschulen absolvieren und damit ihre Ausbildung mit einem Diplom abschließen. Zur Qualifikation für spezielle medizinische Berufe wurden kirchliche Mitarbeiter auch zum Direktstudium an die staatlichen Einrichtungen delegiert. Das trug insgesamt auch dazu bei, dass sich in den achtziger Jahren mehrere der konfessionellen Krankenhäuser zu bedeutenden Spezialkliniken entwickeln konnten.

Sämtliche kirchlichen Mitarbeiter waren, wie jeder Bürger der DDR, durch die staatliche Versicherung (SVK) im Krankheitsfall kostenlos abgesichert.

Christliche Literatur und Publizistik hatten einen bedeutenden Umfang. In kircheneigenen Verlagen wie der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin, dem St. Benno-Verlag Leipzig, dem Verlag Cordier Heiligenstadt und der Evangelischen Hauptbibelgesellschaft Berlin, in Verlagen der CDU wie dem Union Verlag und dem Verlag Koehler & Amelang, aber auch im Akademie-Verlag Berlin und in weiteren Verlagen erschienen jährlich etwa 5 Mio. Bücher mit religiösem Inhalt bzw. zu Themen über Religion und Kirchen. Die christliche Literatur hatte mit jährlich etwa 500 publizierten Titeln einen Anteil von ca. 10 Prozent an der DDR-Buchproduktion. Neben den 6 Tageszeitungen der CDU, von denen 5 mit 19 Ausgaben herausgegeben wurden, gab es 32 kirchliche und theologische Zeitungen und Zeitschriften, die wöchentlich oder monatlich erschienen. Die Vereinigung der Wirtschaftsbetriebe der CDU, VOB UNION, unterhielt Zeitungs-, Buch- und Kunstverlage, Druckereien, Buch- und Kunsthandlungen.

Vieles wäre noch zu nennen, zum Beispiel die Durchführung der Kirchentage mit großzügiger staatlicher Unterstützung, die Teilnahme der Kirchen an der Friedensbewegung und die Arbeitsgruppen Christliche Kreise bei den Ausschüssen der Nationalen Front, aber ebenso Störungen im Verhältnis von Staat und Kirche, wann und warum immer sie auftraten, sowie die Grenzen des Wirkens der Kirchen in der DDR, die sich insbesondere aus der durch -die Verfassung der DDR geregelte Trennung von Staat und Kirche ergaben. Doch es ging im Rahmen dieses Beitrages nicht um die Vollständigkeit, sondern um eine Sicht auf nicht unbedeutende Möglichkeiten des Wirkens der Kirchen in der DDR.

• **KURT SCHNEIDER**

„Kirche im Sozialismus“

Freikirchen und weitere Religionsgemeinschaften. Die Anzahl der Kirchen und Kapellen wurde auf rund 10 000 geschätzt, von denen etwa 3000 nach dem Krieg wiederaufgebaut oder instandgesetzt worden waren. Ab 1973 wurden vorwiegend in Städten 107 evangelische und 54 katholische Kirchen neu errichtet. Seit 1979 entstanden mit Hilfe bundesdeutscher Partnerkirchen mehr als 40 kirchliche Gemeindezentren, vor allem in Neubaugebieten. Des Weiteren gab es ca. 300 Klöster und klosterähnliche Niederlassungen von 35 Orden. Die katholische Kirche verfügte über 13 Exerzitenhäuser.

Die Ausbildung von evangelischen Theologen erfolgte an den Fakultäten bzw. Sektionen der staatlichen Universitäten in Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Rostock und Greifswald. Darüber hinaus gab es kirchliche Ausbildungsstätten, deren Studentenzahl ab Mitte der siebziger Jahre nur noch wenig unter denen der Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen lagen.

Der Priesternachwuchs der katholischen Kirche wurde an der am 5. Juni 1952 eröffneten kirchlichen Philosophisch-Theologischen Hochschule in Erfurt herangebildet, an der man ab 1970 im Zusammenwirken mit der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom promovieren konnte.

Für die weitere Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter standen den Evangelischen Landeskirchen 7 Prediger-Seminare, 9 Ausbildungsstätten für Katecheten, 6 Kirchenmusikschulen und

se verändert worden war.

Zu den finanziellen Zuwendungen aus dem jährlichen Staatshaushalt zählten 11 Mio. Mark zu Pfarrergehältern, etwa 250 Mio. Mark für Einrichtungen der Inneren Mission und der Caritas zur Verwendung für kostendeckende Pflegesätze und 2,2 Mio. Mark zur Erhaltung denkmalwerter kirchlicher Bauwerke.

Die evangelischen Kirchen verfügten unter anderem über: 48 Krankenhäuser und Heilstätten mit 6726 Betten, 89 Heime für geistig und körperlich Behinderte mit 6240 Betten, 117 Erholungs- und Freizeitheime mit 3570 Plätzen, 330 Alters- und Pflegeheime mit 11 500 Plätzen, 12 Herbergen und Hospize (Hotelcharakter) mit 580 Betten, 326 Kindertagesstätten mit 17 256 Plätzen, 19 Sondereinrichtungen für behinderte Kinder, 45 Diakonissenmutterhäuser, Schwesternschaften und Diakonienbruderschaften mit 7262 Angehörigen.

Zu den caritativen Einrichtungen der katholischen Kirche gehörten:

34 Krankenhäuser mit 5438 Plätzen, 7 Krankenpflegeschulen mit 525 Plätzen, 11 Pflegeheime mit 325 Plätzen, 107 Altenheime mit 3246 Plätzen, 39 Erholungs- und Kurheime mit gut 1000 Plätzen und 1180 Beschäftigten, 44 Kinderheime mit 1921 Plätzen.

Durch Mitte der siebziger Jahre abgeschlossene Absprachen zwischen den evangelischen und katholischen Kirchen und der Regierung der DDR wurde auch der medizini-



Von
**KLAUS
HUHN**

DFelix Magath, renommierter Bundesligatrainer in Wolfsburg, stand Ostermontag in einem völlig ungewohnten Dress auf der Brücke, die zur griechischen Stadt Patras führt und konnte sich eine Viertelstunde später rühmen, der erste deutsche Olympiateilnehmer des Jahres 2008 zu sein. Er hatte in Patras auf die Fackel gewartet, mit der das olympische Feuer nach Beijing gelangen wird, übernahm sie und trug sie über die Brücke, also rund einen halben Kilometer in Richtung Beijing. 48 Stunden später saß er in Wolfsburg und erwartete Journalisten, um ihnen zu erläutern, wie Wolfsburg die Punktspielhürde Rostock zu nehmen gedenkt, was seinem Team und ihm – wie man weiß – in der 91. Minute auch gelang. Einer der von einem Kameramann begleiteten Fernsehjournalisten aber wollte von Magath nichts über die Abwehrstrategie der Wolfsburger wissen, sondern interessierte sich nur für sein olympisches Engagement – und musste erleben, dass der sich strikt weigerte, olympische Auskünfte zu geben: „Wir haben hier eine Pressekonferenz anlässlich eines Bundesligaspiels. Und wir haben keine Pressekonferenz von Felix Magath.“ Der Reporter beharrlich: „Sind Sie bereit, dass wir hinterher im Interview mit Ihnen uns darüber unterhalten?“ Magath ebenso beharrlich: „Ich habe dafür heute keine Zeit. Tut mir leid. Ich habe Termine.“

Was sich danach tat, schilderte der Sender NDR mit der folgenden Frage des Wolfsburger Fußball-Presse-sprechers an den Reporter: „Fühlen Sie sich wohl in ihrer Haut?“ Unsere Antwort: „Ja.“ Er: „Respekt. Sie können dann sagen, dass der NDR hier in Zukunft nicht mehr rein kommt. Ich werde mich heute noch mit ihrem Intendanten in Verbindung setzen.“ Bis meine Zeilen erscheinen, vergehen einige Tage

und bis dahin wird möglicherweise das eine oder andere Wort dementiert oder als Missverständnis ausgegeben werden. Dieweil: Der Olympiastart Magaths und die Rückfragen des NDR waren faktisch der eigentliche Auftakt der bundesdeutschen Olympiaberichterstattung.

Da Sie, ehrenwerter Leser, möglicherweise Mühe haben, meinen Mitteilungen zu folgen, sortiere ich den Sachverhalt:

1. Im Sommer 2008 finden in Beijing die Olympischen Sommerspiele statt.
2. Eine große Zahl von potenten Sponsoren hat dem chinesischen Organisationskomitee mitgeteilt, dass sie mit Vergnügen bereit sind, das Ereignis mit stattl-

Sportkolumne Magaths Start in Patras

chen Zahlungen oder kostspieligen Dienstleistungen zu unterstützen. Eines dieser Unternehmen ist die Volkswagen AG in Wolfsburg, die unter anderem eintausend Autos zur Verfügung stellt, die den Fackellauf begleiten, präziser: in seiner geplanten Form über fünf Kontinente überhaupt erst ermöglichen.

3. Um diesen Schritt auch marketinggerecht der Öffentlichkeit mitzuteilen, wurde auch entschieden, den Trainer der ebenfalls von der Volkswagen AG gesponserten Bundesligafussballelf VfL Wolfsburg, Felix Magath, als einen der ersten Fackelläufer einzusetzen.
4. VW hatte zuvor in einer feierlichen Zeremonie einige der entsprechend dekorierten Autos der Weltöffentlichkeit in Peking präsentiert.
5. An der traditionell feierlichen Entzündung des Feuers im antiken Hain von Olympia hatte der griechische Staatspräsident Konstantinos Stefanopoulos, der Präsident des Organisationskomitees von Beijing, Liu Qi, und der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, der Belgier Jacques Rogge teilgenommen,

der übrigens zuvor in einem Brief allen griechischen Feuerwehrmännern gedankt hatte, die bei den schweren Waldbränden im letzten Sommer durch beispiellosen Einsatz die Vernichtung der antiken Stätten verhindert hatten.

6. Während der Zeremonie war es zu einem beispiellosen Eklat gekommen, als der Franzose Vincent Brossel ein antichinesisches Transparent hinter einem der Redner auszubreiten versuchte. Der Franzose berief sich bei seiner Festnahme durch die griechische Polizei darauf, von der von Paris aus operierenden Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zu dieser Skandalaktion angeworben zu sein. Die Organisation behauptet, „das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen“ und wird von Persönlichkeiten wie dem deutschen Box-Olympiasieger Henry Maske unterstützt.

7. Das griechische Fernsehen hatte den Skandal nicht übertragen, sondern abgeblendet. Dazu Bosselt: „Das zeigt doch, dass die chinesische Regierung Nachrichten zensiert.“

8. Der in Hamburg beheimatete Fernsehsender NDR strahlte folgenden Kommentar aus: „Der Fackellauf hat gerade erst begonnen. 130 000 Kilometer weit soll er gehen – quer über die Berge des Himalaya – bis nach Tibet. Ausgerechnet nach Tibet, wo China Rufe nach Freiheit und Unabhängigkeit seit Wochen brutal unterdrückt. Die olympische Fackel inmitten von Polizei und Militär und mittendrin womöglich die Autos des Sponsors VW. Es gibt Kritiker, für die ist das ein Alptraum. Kai Müller, *International Tibet Campaign*: ‚Das ist für uns eigentlich unvorstellbar und wir fordern Volkswagen auf, diese Beteiligung beim olympischen Fackellauf durch Tibet zu überdenken und die Mitwirkung zurückzuziehen. Das ist das mindeste, was man erwarten kann, wenn die olympischen Spiele stattfinden sollen.‘“

9. Jener Müller, der die Frage aufwirft, ob die „Spiele stattfinden sollen“, ist Geschäftsführer der „Campaign for Tibet“, die ihren Sitz in Berlin (Schönhauser Allee 163) hat.

10. Schlusssätze der NDR-Sendung ZAPP: „Nicht nur VW hat ein Problem – im Internet stehen die Sponsoren des Fackellaufs und der Olympischen Spiele am Pranger. ... Dazu wollten wir von Zapp den VW-Abgesandten und Fackelläufer Felix Magath heute fragen. Aber wir bekamen keine Antwort. ... schließlich muss sich die VW-Tochtergesellschaft, VfL Wolfsburg, auf das Spiel gegen Hansa-Rostock vorbereiten. Klar, für weltweite Proteste gegen VW ist da keine Zeit, um gegen das Regime in Peking zu protestieren.“

11. Am 28. März teilte das Bundespräsidialamt mit, dass Bundespräsident Köhler nicht zur Eröffnung der Olympischen Spiele reisen werde. Der dieser Ankündigung folgende Hinweis, dass eine Reise zur Eröffnung nie geplant war, wurde von den meisten Medien nicht verbreitet.

Zurück nach Olympia: Als sich der erste Läufer nach der Entzündung des Feuers auf den Weg begeben hatte, kam er an der Stele vorbei, in der das Herz des Begründers der modernen Spiele, Baron Pierre de Coubertin eingeschreint ist. Alle, die das Feuer um die Welt tragen werden, erfüllen sein Vermächtnis! Auch Felix Magath, was immer sein Motiv war!

Anzeige

(Re)Kommunalisierung statt Privatisierung

Alternativen zum Liberalisierungs- und Privatisierungswahn in Europa

mit:

Sahra Wagenknecht (MdB)

Dr. Andreas Schirmer (Vorsitzender des Verbands kommunaler Unternehmen e.V.)

Mike Nagler (Organisator „Stopp der Austerlitz unserer Stadt“)

Prof. Dr. Günter Rausch (Theologe, Autor „Wahrheit ist Menschenheit“)

Asbjørn Wahl (Arzt, Norwegen)

Herdalor Lorenz (Regisseur des Films „Autz, ich bin Hannover“)

Dr. Ilse Laufer (Ratsvorsitzende DE UNKE, Leipzig)

und anderen

Samstag, 19. April 2008 10 bis 17 Uhr

Neues Rathaus, Marktplatz-Ring 4-6, Leipzig

Kontakt: sahra.wagenknecht@europaparlament.europa.eu | www.sahrawagenknecht.de

Eine Koalition der Linken ist in Europa notwendig! DIE UNKE mit Unterstützung durch die Linken ist in Leipzig den Streikbrechern Leipzig der Partei DIE UNKE sowie das Kommunistische Forum Sachsen e.V.



Linke Gesinnung nirgendwo vergessen

Vor einiger Zeit führte uns eine Griechenland-Busreise durch den Peloponnes in die Stadt Kalafrita. Leider vergaß der Reiseführer, uns auf die Greuel-taten hinzuweisen, die die faschistische Wehrmacht in diesem Ort begangen hatte. Es gelang mir und meiner Frau, noch etwas ehrendes Gedenken an die Opfer abzuzeichnen.

Ob in Israel, Polen, Kroatien oder in der Slowakei, überall finden sich Möglichkeiten, der Erinnerung Zeit zu geben. So auch kürzlich, als uns ein bekanntes Leipziger Reisebüro die Schönheiten des Pfälzer Landes vertraut machen konnte. In der Bischofsstadt Trier, als wir in der Nähe der Karl-Marx-Straße das Karl-Marx-Haus besuchten, trug ich ins Gästebuch ein:

„Dank der Friedrich-Ebert-Stiftung, der es überzeugend gelang, das Wirken von Karl Marx, des wirklich größten Deutschen, den Besuchern nahezubringen, unverzerrt, anschaulich.

Wie peinlich dagegen, dass die Leipziger Uni seinen Namen ablegte und die von ihm dominierte Großplastik *Aufbruch* geschleift hat. Aber sein Lebenswerk ist unauslöschbar, Eine rote Rose für Karl Marx!

Dieter Glaser,
ein Leipziger Sozialist“

>

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

HALLO LEIPZIGER! Diese Entdeckung eines Berliner Wanderers wird auch Euch interessieren. Was der frühere DDR-Chef-Gynäkologe von Wittenberg – der Mann heißt Böhmer und avancierte zum BRD-Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts – unlängst über den Umgang mit Kindern in der DDR verbreitet hatte, empörte Millionen. Das ist keine Neuigkeit, aber als ich mich vor Tagen Richtung Müggelberge auf den Weg machte, fiel mir die Titelseite eines Boulevard-Blatts ins Auge, richtiger, musste ins Auge fallen, denn die Buchstaben im *Berliner Kurier* waren jeder für sich 4,2 Zentimeter hoch und die kann man auch aus der Ferne entziffern. Der Wortlaut: „Die DDR war keine Baby-Hölle, Herr Böhmer!“ Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen: Dieser „Kurier“ hatte diese Schlagzeile nicht gewählt, um Wahrheit unter die Leute zu bringen, sondern um im harten Konkurrenzkampf unter den Boulevardblättern den Rivalen Leser abzu-jagen, ahnend, dass diese Zeile viele Leser anlocken würde. Dies allein wäre vielleicht noch keine Notiz in des Wanderers Tagebuch wert, aber so hoch wie die Buchsta-

Die Agenda 2010 hat vor allem den Monopolen Traumprofite in die Taschen gespielt. Allein die 30 im deutschen Aktienindex (Dax) aufgelisteten Konzerne haben ihre Gewinne in 2007 um 23 Prozent auf 73,8 Milliarden Euro erhöht. Hatten sich die Arbeitsagenturen zeitweise mit Sanktionen noch zurückgehalten, sind diese 2007 um 58 Prozent auf 138 700 gestiegen. Dahinter verbergen sich vor allem Kürzungen bis zur völligen Streichung der Zuwendungen an Hartz-IV-Betroffene!

Wenn die schwarz-rote Bundesregierung und die Arbeitgeberverbände jeden Monat die „wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ bejubeln und dies als konjunkturellen Silber-

Da hilft kein Gesundbeten

streif am Horizont deuten, so ist das letztlich „eine Fata Morgana“. Da hilft auch kein Gesundbeten – die Fakten in diesem Land sprechen eine andere Sprache.

Zwar sind offiziell mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Aber die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 haben bewusst zur Ersetzung von Vollzeitstellen durch Leiharbeit, Minijobs und 1-Euro-Jobs geführt. Über zwei Millionen Menschen haben mindestens einen Zweitjob, weil sie von einem allein nicht mehr leben können. Bereits jeder Vierte in Deutschland ist laut einer Studie des Deutschen

Instituts für Wirtschaft von Armut bedroht – ein Ende ist nicht abzusehen! Dazu kommen Kinderarmut, Altersarmut, Zweiklassenmedizin und steigende Verbraucherinsolvenzen.

Ausgerechnet der Parteivorstand der LINKEN schickte sich an, der SPD den Steigbügelhalter für künftige Regierungskoalitionen zu machen. Ohne jede Vorbedingung wollte DIE LINKE in Hessen die SPD-Chefin Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen. Unser Vorsitzender Gregor Gysi verzichtete sogar ausdrücklich auf eine Distanzierung Ypsilantis von Hartz IV und forderte lediglich

„dass Hartz IV so großzügig ausgelegt werden müsse wie möglich“.

DIE LINKE hatte sich auf ihrem Gründungsparteitag noch ausdrücklich gegen Hartz IV ausgesprochen. Jetzt verabschiedet sich unsere Führung offen davon. Ein Teil unserer Partei hat ihre Wurzeln in der Bewegung der Montagsdemonstrationen – sie entstand als Antwort auf Schröders Agenda 2010 und Hartz IV. Wenn Die Linke jetzt der SPD aus der Krise helfen will, dann hätten die vormaligen WASG-Mitglieder ja gleich Mitglied in der SPD bleiben können!

Maximilian Meurer
Sprecher der Landesarbeits-gemeinschaft ASG Sachsen
– DIE LINKE.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele hat man es geschickt verstanden durch angeblich innere Unruhen (die von außen inszeniert wurden!) die VR China zu provozieren, um dieses Land vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren. Die Reaktion des Westens erfolgte, wie erwartet, prompt und unisono in allen Medien. Man übertraf und übertrifft sich gegenseitig in Horrormeldungen über das angeblich „unmenschliche Vorgehen“ der chinesischen Sicherheitskräfte gegen wildgewordene Vandalen, Randalierer und Provokateure – oft versteckt unter der orangenen Kutte buddhistischer Mönche –, die zerstörend und plündernd durch die Straßen Lhasas zogen. Natürlich waren das, aus westlicher Sicht „Freiheitskämpfer für nationale Unabhängigkeit“.

Dieses Szenario wurde uns in der Vergangenheit schon des öfteren demonstriert. Ich erinnere nur an die „orangenen“ Revolutionen in einigen Ländern. Immer wenn

Auch ohne Tibet hätte man einen Grund gefunden ...

sich die politische Entwicklung in einem Land nicht nach westlichen Vorstellungen vollzieht, fühlt man sich berufen direkt oder indirekt (mit Hilfe der Geheimdienste oder sich im Land anbietender Kollaborateure) „ordnend“ einzugreifen. Diese Aktivitäten werden jedoch völkerrechtlich als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates“ gewertet.

Wenn es dann im Rahmen solcher „Einflussnahmen“ zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt, wird sofort nach sogenannten „unabhängigen Beobachtern oder Quellen“ gerufen. Das heißt auf gut Deutsch, Leute die eben nicht neutral, sondern nach westlichen Vorstellungen und Erwartungen über das Geschehen berichten. Da werden dann schnell einmal

aus Verletzten Tote und aus 19 Toten 99. So ist das eben mit der „unabhängigen“ Berichterstattung.

Der im Zusammenhang mit den Ereignissen in Tibet immer lauter werdende Ruf nach einem Boykott der Olympischen Spiele passt genau ins westliche Konzept, zumal westliche Politiker bereits die Vergabe der Olympischen Spiele an die VR China zähneknirschend zur Kenntnis nehmen mussten. Mit dem „Problemfall Tibet“ hat man endlich den entsprechenden Anlass gefunden, um auf den Ausrichterstaat aus allen Rohren zu schießen. Trotzdem wird bei der Mehrheit der Bürger letztlich die Vernunft über die westliche Propaganda siegen.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER,
LEIPZIG

Marx Ideen überdauern Bilderstürmer

Nach monatelangen Debatten um das Bronzerelief „Aufbruch“ wurde eine Regelung herbeigeführt, die das minimal Vertretbare darstellt. Damit ist das Einschmelzen vom Tisch, das Ansinnen derjenigen, die Karl Marx und die DDR aus der deutschen Geschichte entsorgen wollen.

Der Überschrift zu Kurt Schneiders Beitrag in LN (4'08) ist in vollem Maße zuzustimmen, die sich auf den französischen Aufklärer Diderot bezieht: „Wenn der Hass das Tun diktiert“. Denn Hass ist der ungeeignetste Ratgeber für den Umgang mit der Geschichte und der Menschen untereinander.

Für mich als Absolventen der KMU steht das Relief für den Versuch, aufzubrechen in eine menschliche, friedliche Gesellschaft der Völkerverständigung und Gleichberechtigung.

WINFRIED STEFFEN,
WETTERZEUBE

Von einem Staunen ins andere

ben war auch das Bild von Täve, den man um seine Meinung gebeten und der geantwortet hatte: „Der DDR wurde in den vergangenen Jahren viel Unfug nachgesagt. Herr Ministerpräsident Böhmer hat jetzt alle übertroffen. Wer ihm zum Rücktritt rät, rät ihm zum einzig möglichen Schritt.“

AUF DEM WEG DURCH POTSDAM gerieten wir auch ins Staunen. Das Ärztehaus am Bergmann-Klinikum ward umbenannt. Und zwar rückumbenannt, was 1990 in Mode gekommen war und nun wieder aktuell zu werden scheint: Das Ärztehaus heißt künftig nämlich wieder Poliklinik.

AUCH IN HASSLEBEN WAR vom DDR-Erbe die Rede. Einst wurden dort 200 000 Schweine gemästet und ihr Fleisch – man erinnert sich – zu erträglichen Einheitspreisen unter die Leute gebracht. Nach 1990 wurde die Anlage geschlossen und großes Geschrei über die Umweltschmutzung angestiftet. Nun haben Niederländer die Ställe gekauft und wollen 84 000 Schweine dort unterbringen. Die Proteste ließen nicht lange auf sich warten. Aber die Ur-Einwohner haben wenig Verständnis dafür: „Wir sind kein Vorstadtpa-

radies. Wir leben auf dem Land und da riecht es manchmal nach Landwirtschaft“, so Frank Skomrock von der Initiative „Pro Schwein“ und diese Worte richteten sich wohl vor allem gegen die Neu-Einwohner, die dort Wochenendhäuser errichtet oder bezogen haben. „Pro Schwein“ führt ins Feld, dass die Investoren 65 Arbeitsplätze garantieren.

Als unlängst 50 Bauhelfer gesucht wurden, meldeten sich 420. Skomrock dazu: „Wir brauchen jeden Job, um die Abwanderung der Jugend zu stoppen.“ Ein Argument, das schwerer wiegt, als die Forderung nach reiner Landluft für die Wochenendbewohner, glaubten die Wanderer.

IN KLÖTZE ZEIGTEN SIE UNS einen Laden, der gerade renoviert wird. Einen dringend benötigten Laden, wie man uns versicherte. Er war frei geworden und wir fragen, was man denn dort mit offensichtlich mäßigem Erfolg angeboten hatte. Es war ein Geschäft, in dem man Spielzeug feilbot und an dessen Scheiben sich wohl viele Kinder die Nasen plattgedrückt haben. Die neue Ladenchefin kümmerte sich um alles: „Wir brauchen PVC-Belag, denn wenn es draußen nass ist, kriegen wir Teppichboden nicht mehr richtig sauber.“

Diese Ankündigung verriet uns, dass die neue Ladenchefin überzeugt ist, viele Kunden zu haben. Sie ist keine Illusionistin, denn die „Tafel“ für Arbeits- und Mittellose – ist überlaufen und deshalb musste man sich jetzt auch um einen größeren Laden bemühen. In der örtlichen Zeitung las wir: „Die Tafel übernimmt die Ausgestaltung des Ausgabebereichs. Laut Rosemarie Mitschke soll gleich hinter dem Eingang eine Trennwand gezogen werden. Dort können die Betreuten warten und müssen nicht auf der Straße stehen. Damit Wartezeiten vermieden werden, ist ein Buchstabensystem eingeführt worden: Für jeden Anfangsbuchstaben der Familiennamen steht ein bestimmter Zeitraum der Ausgabe zur Verfügung. Mitschke: „Dass einige Leute früher kommen, geht dann nicht mehr“.

Laut Susanne Pfaffelhuber, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks Altmark-West, werden im Raum Klötze zurzeit 60 bedürftige Haushalte betreut. Um sie kümmern sich zirka 15 Helfer, die von zahlreichen Spendern mit Lebensmitteln beliefert werden. Die Wanderer bezeugen: Wir erlebten ein Kapitel aktiven Kampfes gegen den Hunger! Und dass sollte doch wohl ebenso vermeldet werden, wie die Tatsache, dass die DDR keine „Baby-Hölle“ war.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 8. April, 15 Uhr, Dresden
Diskussion: *Auftrag, Aufgaben, Ausrüstung und Umstrukturierung der Bundeswehr. Weißbuch 2006 der Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Scheler. Standortverwaltung der Bundeswehr, August-Bebel-Str. Bl. A

Dienstag, 8. April, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Havemann.* Mit dem Autor Florian Havemann, Berlin. Teilnehmergebühr: 1,50 Euro ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 9. April, 18 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Gespräch: *Lotte Ulbricht.* Mit Ursula Seidler. Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 9. April, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *1968. Was wollten Rudi Dutschke und die 68iger? Und was bleibt?* Mit Dr. Manfred Lauerer, Soziologe. TU Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

Donnerstag, 10. April, 19 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *1968. Ein Rückblick 40 Jahre danach.* Mit Dr. Manfred Lauerer, Soziologe. Veranstalter: Hochschulgruppe Linke SDS, WAK Leipzig und Rohrbacher Kreis der RLS Leipzig. Städtisches Kaufhaus, Universitätsstr. 16

Donnerstag, 10. April, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Diskussion: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914-1945.* Mit Prof. Dr. Heinz Niemann, Berlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Sonnabend, 12. April, 10.30 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Podiumsdiskussion: *Enttäuschte Hoffnungen. Podiumsdiskussion mit abgewickelten Wissenschaftlern aus dem Osten Deutschlands.* Mit Prof. Dr. Arno Hecht (Hrsg.) u. a. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Montag, 14. April, 19 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *„Der physiologische Schwachsinn des Weibes“ oder warum Frauen nicht wählen dürfen.* Mit Alexandra Weiss. Veranstalter: Fachschaftsrat Geschichte, StudentInnenrat der Universität Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Universität Leipzig, GWZ, HS 2.16, Beethovenstr. 15

Dienstag, 15. April, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Konsequenzen aus den internationalen Finanzturbulenzen – Aktionsplan „Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung stärken“* Mit Dr. Axel Troost, MdB. Moderation: Dr. Dieter Janke. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 16. April, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Arbeitnehmerinteressen in der Defensive? Und wie weiter?* Mit Dr. Detlef Henschel, Berlin. Haus der Gewerkschaften, Schützenplatz 14

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

5. 4., 14 Uhr: Familiennachmittag für Eltern und Kinder/ Großeltern und Enkel

10. 4., 19 Uhr: Russisch für Fortgeschrittene – als Unternehmer in Nischni Nowgorod Mit Dr. Frieder Hofmann, Architekt und Wirtschaftsberater für deutsche Firmen in der Russischen Föderation.

17. 4., 15 Uhr: Erzählcafé für Senioren

Cineding

Leipzig, Karl-Heine-Str.

Tödliche Versprechen, 5.-9. 4., 20.15 Uhr und 22.30 Uhr; 10.-16. 4., 22.30 Uhr

Into the Wild (engl. OmU), 5.-9. 4., 20.15 Uhr

Comandante (Doku), 5.-9. 4., 22.30 Uhr; 17.-20. 4., 22.30 Uhr

Die österreichische Methode, 10.-16. 4., 20.15 Uhr und 22.30 Uhr

Darjeeling Limited, 10.-17. 4., 20.15 Uhr; 18.-20. 4., 20.15 und 22.30 Uhr

Mia san Dageng!, 17. 4., 20.15 und 22.30 ; 18.-20. 4., 20.15 Uhr

Initiative

Christliche Linke

14. 4., 18 Uhr, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig: Vortrag Prof. Dr. Siegfried Bönsch: *Freund oder Feind? Philosophische Betrachtungen zu grundlegenden politischen Verhältnissen.*

Nächster Filmabend

im Liebknecht-Haus Leipzig
Braustr. 15

19. April, 20 Uhr:
Am Ende kommen die Touristen

– Auschwitz –
85 min., BRD 2007

Einladung zur großen Antilärm-Demo am „Tag gegen den Lärm“, 16. April, 16.30 Uhr, Nikolaikirchhof

Das DHL Frachtdrehkreuz ist nun fast im Vollbetrieb. Bis zu 70 Frachtmaschinen donnern jede Nacht über unsere Köpfe hinweg. 100.000 Menschen haben keinen ruhigen Schlaf mehr. Gerade in Flughafennähe hat aber auch Bodenschall massiv zugenommen. Einwohner aus Schkeuditz, Lützschena, Stahmeln, Glesien und vielen anderen Orten können ein „lautes Lied“ davon singen. Dröhnende Triebwerke, lärmende Schubumkehr der Flugzeuge, Straßen und Schienenanbindung des Flughafens und nicht zuletzt das Güterverteilzentrum sorgen für einen permanenten Dauerkrach. Die betroffenen Bürger werden wortwörtlich dazu verdonnert, den gesundheitsschädigenden Lärm hinzunehmen und auf Jahrzehnte hinweg zu ertragen. Dagegen müssen wir uns wehren.

Fluglärm und Bodenschall. Wir haben genug davon

Auf deutschlandweiten Veranstaltungen geht es besonders um die Umgebungslärmrichtlinie bzw. die Aktionspläne zur Reduzierung von Verkehrsgeräuschen. Denn besonders der Verkehrslärm wird von Millionen Bürgern als starke Belästigung erlebt. Durch den Straßenverkehr fühlen sich im Alltag ca. 2/3 der Deutschen belästigt. An zweiter Stelle der Belästigung steht mit ungefähr 35% der Fluglärm. Immerhin noch ca. 1/4 der Bevölkerung fühlen sich durch den Schienenverkehr gestört, so dass der Lärm insgesamt gesehen von den Menschen als starke Beeinträchtigung wahrgenommen wird.

Am Flughafen Leipzig/Halle und den jeweiligen Einflusszonen ist die Dreifachbelastung Realität. Am Tag des Lärms wollen wir lautstark zeigen, dass wir uns damit nicht abfinden werden.

IG Nachtflugverbot Leipzig / Halle e. V.



Nix wie weg! Grad noch eine LN erwischt ...

Damit auch andere nicht leer ausgehen, sind wir wieder mal sehr auf Ihre Hilfe angewiesen.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Normal-Abo (13 Euro im Halbjahr)

Studierenden-Abo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probe-Abo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Internet-Abo (15 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.



Wolfgang Bittner

Mein Monopoly oder: Ich kaufe eine Straße

Kürzlich wurde bekannt, dass demnächst auf deutschen Autobahnen Maut auch für PKWs erhoben werden soll. Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist ferner geplant, diese Regelung in absehbarer Zeit auf sämtliche Straßen sowie auf Fußgänger auszudehnen. Aber das wird lediglich der Anfang einer erheblich weitergehenden Privatisierungskampagne in Bund und Ländern sein, denn bekanntlich sind die Kassen leer – warum auch immer. Schon jetzt werden von einzelnen Stadtverwaltungen unter der Hand ganze Straßenzüge zum Kauf angeboten, nachdem bereits Wasserwerke, Müllentsorgung, Kanalisation, Krankenhäuser oder einzelne Bereiche der Verwaltung in private Hand gegeben wurden.

Ich muss gestehen, dass ich die Chance, durch Eigeninitiative Nutzen aus dem öffentlichen Verkehr zu ziehen, außerordentlich attraktiv finde. Schon seit längerem spiele ich mit dem Gedanken, eine Ich-AG zu gründen. Deswegen habe ich mich entschlossen, der Stadt die Straße in der ich wohne, den Gotenring, abzukaufen. Über den Preis ist noch zu verhandeln.

Also: Ich stelle mir vor, dass ich an beiden Straßenden Kassenhäuschen und Schranken installieren lasse – selbstverständlich so dezent wie möglich und so effektiv wie nötig. Dort wird dann die Maut kassiert, und zwar je nach Umfang der Benutzung meiner Straße. Finden diese Maßnahmen demnächst in tausenden von Straßen statt – wovon auszugehen ist –, wäre das ein durchschlagender Erfolg auch für die Arbeitsbeschaffung und damit für eine rapide Senkung der Arbeitslosenzahlen. Es geht doch nichts über Politiker mit Visionen.

Am liebsten hätte ich ja eine Straße in der City gekauft: Die Schildergasse oder die Hohe Straße oder wenigstens den Stadtwaldgürtel. Leider waren sämtliche Einkaufsmi-
le, Durchgangs- und Schnellstraßen vorab

schon für andere Interessenten reserviert worden, die offenbar viel früher als ich von den zu erwartenden Privatisierungsmaßnahmen erfahren haben. Immerhin blieb mir noch der Gotenring, der schließlich auch nicht zu verachten ist.

Allerdings gibt es da ein Problem, weil nämlich Straßenbahnschienen durch meine Straße verlaufen und die städtischen Verkehrsbetriebe, die sich leider noch in öffentlicher Hand befinden, von vornherein eine Zahlung von Lizenzabgaben für die Erteilung der Durchfahrtsberechtigung rigoros ablehnen. Ich beachtete daher, den Verkehrsbetrieben die Durchfahrt ihrer Bahnen zu untersagen, bis eine einvernehmliche Regelung gefunden ist. Bedauerlicherweise kann das Jahre dauern, falls es zu einem Prozess kommt, was wahrscheinlich ist. Aber die mir dadurch entstehenden Kosten – so habe ich ausgerechnet – würden in kürzester Zeit durch die Einnahmen ausgeglichen, zumal noch weitere Abgaben und Gebühren zu erwarten wären.

Zum Beispiel würden sämtliche an meine Straße angrenzenden Parkplätze ebenfalls in meinen Besitz übergehen – eine nicht unerhebliche Einnahmequelle. Und auch die Post wird für ihre Zusteller zu zahlen haben, die tagaus tagein die Straße in Anspruch nehmen. Da die Post inzwischen ein gewinnorientiertes Börsenunternehmen ist, werden diese Gebühren natürlich ein wenig höher ausfallen als bei meinen zukünftigen Privatkunden.

Außerdem habe ich vor, ganz in der Nähe einen Kinderspielplatz zu kaufen, der allerdings für die Öffentlichkeit gesperrt und eingezäunt werden soll. Ich möchte ihn meinen eigenen Kindern vorbehalten. Wenn alles erwartungsgemäß verläuft, werden wir uns das ohne weiteres leisten können. Sie merken schon: Alles ist von mir bestens durchdacht und die Planungen laufen bereits zu meiner vollen Zufriedenheit. Ich warte nur noch auf den gesetzlichen Startschuss.

Nebenbei notiert ...

Das Prädikat „**AUSGEZEICHNETES AMTSD EUTSCH**“ erhält Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal für eine Erwiderung auf der Raterversammlung am 19. März. Er beantwortete eine Anfrage der GRÜNEN zu Baumfällungen in Leipzig. Hintergrund der Angelegenheit: Die Stadt erteile offenbar leichtfertig solche

Genehmigungen. Das vermuten nicht nur viele Leipziger, sondern auch die Stadtratsfraktion der GRÜNEN. In der Antwort verneinte Heiko Rosenthal diesen Vorwurf und begründete die Baumfällungen u. a. damit, dass zwei konkret angesprochene Bäume „**erhebliche Defektsysteme**“ aufweisen.

• MIC

„Paul“ lästert ...

Im übervollen Keller der Leipziger Moritzbastei stellte „Paul“, alias Winfried Glatzeder, jetzt seine Biographie vor. Launig, frech und respektlos fuhr der lange Schlacks (Jahrgang 45) dem wahrlich redege wandten mdr-Moderator Thomas Bille über den Mund. Aber: Es blieb amüsant und das Publikum wird wohl wei-

terhin nach dem Buch „Paul und ich“ Schlange stehen. Wie lästerte Winfried G., der auch seine Probleme mit dem Alterwerden hat, über seinen 103jährigen Kollegen Johannes H.: „Die Leute kommen doch längst nicht mehr, um ihn singen zu hören, sie wollen ihn auf der Bühne sterben sehen“.

• MIC

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Am Jahresende hatte jeder (Leipziger) Staatsanwalt noch 105 offene Verfahren auf dem Tisch. Besonders langwierig seien die Ermittlungen im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Staatsanwalt Strobel in LVZ 22. 3.

Bei „Johannes B. Kerner“ Jogginghosen verkaufen sich eben schon vom Wort her besser als Dauerlaufhosen. Meinen Laptop nenne ich jetzt aber auch Klapp-Computer. Autor Bastian Sick, ZDF 25. 3.

In der Fernseh-Reportage: 37° Wenn Kinder zu Neonazis werden, ist in den Familien bald nichts mehr wie vorher. Die Eltern bekommen es meist nicht mit, wenn die ersten Kontakte ihrer 12-13jährigen Kinder in die Naziszene hinein entstehen. ZDF 25. 3.

Bei „Maybritt Illner“ Jugendliche haben in diesem Deutschland zunehmend Angst vor der eigenen Zukunft. ZDF 27. 3.

Zum misslungenen Internet-Auftritt der Wochenzeitung FREITAG: Für einen, der noch nicht mal einen Schraubenzieher gerade halten kann,(...)ist es schwer

nachvollziehbar, was sich hinter der Nachricht verbirgt, dass „die Server noch zu langsam“ sind. Redakteur Ingo Arend am 28. 3.

Es fällt mir schwer zu sagen: Diese „Schweine“ da in Liechtenstein! Es gibt so viele Informationen, die widersprüchlich sind, so dass ich am Ende keine Meinung habe.

Liedermacher Rainald Grebe im Aprilheft „Das Magazin“

Hörerdiskussion: „In den verlogenen Telenovelas aller deutschen Fernsehprogramme wird besonders Frauen in dieser Gesellschaft vorgegaukelt, dass man finanzielle Probleme durch eine Heirat lösen kann.“ DLF 28. 3.

Polemik von Autor Olaf Bade „Ökonomisch betrachtet wäre es das Günstigste, der ostdeutschen Bevölkerung den Umzug ins alte Bundesgebiet zu bezahlen und das frühere Territorium der DDR – abgesehen von wenigen Wirtschaftszentren – der Natur zu überlassen.“ ND 29./30.3.

• ENTDECKT VON SIEGFRIED KAHL

Kunst und Kultur

Dank des Brauches, Gemälde zu rahmen, lassen sich die Werke moderner Malerei mühelos von ihren Paletten unterscheiden.

Auch in der Politik setzen sich am Ende die Schauspieler durch, die sich auf Dauer nicht mit der Rolle des dritten Schurken begnügen.

Wenn ich in die Oper gehe, frage ich mich jedesmal, ob ich ein Opernglas oder eine Augenbinde mitnehmen soll.

Mag die Kunst auch brotlos sein, wenn sie nur für Kuchen reicht.

REINHARD LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

31. März 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 18. April 2008

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40